Einzelpreis 10 Pfennige

Halle, Montag, den 3. März

Jahrg. 1924 • Nr. 53

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der Ill. Unterhaltungsbeil. „Volk und Zeit". Unberufene eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunfterteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" ist d. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" beträgt monatlich 3,— Mark einschließlich Zustellungs-Gebühr; für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis für den Monat März 3,— Gold mark. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 30 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 4605. Zweigstelle Gr. Ulrichstr. 27 — Postscheckkonto 203 19 Erfurt. —

Briefwechsel Mac Donald — Poincaré.

Verständigung oder Rache?

Paris, 8. März. (WTB.)

Der englische Premierminister drückt in einem Schreiben an den französischen Ministerpräsidenten vom 21. Februar den Wunsch aus, in der rücksichtslosen Untersuchung der zwischen beiden Ländern bestehenden Schwierigkeiten fortzufahren, die nach seiner Ansicht nicht absolut unvermeidlich gewesen seien. In England sei das Empfinden weitverbreitet, daß Frankreich entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages eine Lage zu schaffen versuche, die ihm bringen soll, was es während der Friedensverhandlungen zwischen den Alliierten nicht habe durchsetzen können. Eine solche Politik verewige nach Ansicht vieler Engländer die Ungewißheiten und Gefahren einer Lage, die man nur Kriegszustand nennen könne, und müsse schließlich alle von Frankreich vorübergehend durchgesetzte Sicherheitsgarantien vernichten. An Stelle der gewünschten rheinischen Grenze sei seinerzeit Frankreich nur eine solide Bürgschaft Englands und der Vereinigten Staaten geboten worden. Das Angebot wurde aber durch Abseitsstehen Amerikas hinfällig. Die Franzosen versuchten dann, an die Stelle des Garantievertrages andere greifbare Garantien zu setzen. Eine weitere Enttäuschung erlebte die französische Oeffentlichkeit hinsichtlich der Reparationen. Die an den Sieg geknüpften Hoffnungen ständen in keinem Verhältnis zu den jetzigen wirtschaftlichen Zuständen. Englands Wirtschaftsleben schwebe in schwerer Gefahr. Die europäischen Märkte befänden sich hauptsächlich durch die ständige Ungewißheit der deutsch-französischen Beziehungen in Verfall. Das wirtschaftliche Chaos in Deutschland dauere an und auch in den Beziehungen zwischen Frankreich und England bestehe Ungewißheit. So sei in der Bevölkerung Englands die fortgesetzte Ueberzeugung entstanden, daß Frankreich entschlossen sei, Deutschland zugrunde zu richten und auf dem Festlande zu herrschen ohne Rücksicht auf Englands vernunftgemäße Interessen und die künftigen Folgen, die sich daraus für die Regelung der europäischen Angelegenheiten ergäben. Nach Mac Donalds Ansicht beeinträchtigte dieser Stand der öffentlichen Meinung in den beiden Ländern die Beziehungen in der Vergangenheit und dürfte die beiden Regierungen veranlaßt haben, sich zu Streitigkeiten über die Symptome der Krankheit hinreißen zu lassen, ohne das Bemühen zu haben, mit gesundem Menschenverstand nach den Ursachen zu forschen. Mac Donald wünsche von Herzen, daß er und Poincaré versuchen, der öffentlichen Meinung Frankreichs und Englands das Vertrauen zu verschaffen, das die vorhandenen Befürchtungen und Empfindlichkeiten auf dem Wege seien, grundlos zu werden. Das französische Volk wünsche Sicherheit, das englische hege ein identisches Ideal. Während aber Frankreich nur an Schutz gegen Deutschland denke, weise die britische Regierung dem Worte Sicherheit eine viel weitergehende Bedeutung bei. England wünsche Sicherheit vor Kriegen. Das Sicherheitsproblem sei kein französisches, sondern ein europäisches Problem. Es sei sehr leicht möglich, daß in den nächsten 10 Jahren die allgemeine Abrüstung und die Ausbreitung des schiedsgerichtlichen Verfahrens über die Welt komme. Es müsse sorgfältig erwogen werden, ob hierzu regionale Entmilitarisierungs- und Neutralisierungsmaßnahmen oder die Schaffung neutralisierter Gebietsstreifen zwischen gewissen Staaten unter gegenseitiger oder kollektiver Garantie und Ueberwachung oder ein anderes Mittel führen könne. Dabei könne der Völkerbund eine wichtige Rolle spielen. Man müsse die Zustimmung und den guten Willen aller Länder Europas im Sinne einer derartigen Politik feststellen, wobei die vorherige Verständigung zwischen Frankreich und England Grundbedingung sei. Die gewünschten Reparationen wollten, daß das französische Volk vor allem in der konkreten Form deutscher Zahlungen für die auf französischem Gebiet verursachten Schäden hafte. Auch das englische Volk wünsche Wiedergutmachung der Verwüstungen des Krieges. Nach seiner Auffassung erstreckten sich diese Verwüstungen weiter auf ruinierte Absatzmärkte, Niedergang des Schiffsraumes und des Außenhandels, Entwertung der Währungen und deren mangelnde Stabilität bei Arbeitslosigkeit. Diese Verwüstungen könnte man sich vielleicht schwer augenfällig vorstellen. Ihr Wiederaufbau werde sich weniger mit Händen greifen lassen und mehr Haltung beanspruchen. Vor Erörterung dieses Problems müsse der Bericht der Sachverständigen abgewartet werden, von dem er hoffe, daß er die beiden Länder einander näherbringen werde. Wenn das Problem aber in Verbindung mit dem verwandten der interalliierten Schulden bleibe, so müßte es doch sehr bald gelöst werden können. Würden dabei die englischen Hoffnungen auf wirtschaftliche Stabilität in Europa und die französischen auf Befriedigung der gerechten Forderungen erfüllt, so brauchten vor die Vereinigten Staaten nicht streitende Schuldner zu treten, sondern ein geeinigtes Europa. Auf dieser Grundlage wünsche er mit Poincaré die schwebenden Probleme zu erörtern. Die zahlreichen subsidiären Fragen würden zweifellos nicht undurchführbar sein. Wenn man sich aber in die Masse der mit Problemen wie der Ruhrfrage, der Rhein- wie der pfälzischen Frage zusammenhängenden Probleme versticke, würde das gefährlich sein. Nach seiner Ueberzeugung gebe es eine Heilung der europäischen Verhältnisse nur, wenn Frankreich und England voll gegenseitiger Sympathie für ihre Bedürfnisse und unter kluger Berücksichtigung der Interessen der ganzen Welt gemeinsam vorgingen. Er sei hierzu bereit.

Poincarés Antwort.

In seinem Antwortschreiben versichert Poincaré, mit Mac Donald völlig einig zu sein hinsichtlich seines Exposés über die zu regelnden Fragen. Er wolle aber nicht mehr als seither in Details eingehen oder konkrete Vorschläge formulieren. Er sei aber bereit, mit Mac Donald die Prüfung der großen Probleme im Geiste des Entgegenkommens und loyal anzuschneiden. Die Interessen Frankreichs, das die Reparationszahlungen und die endgültige Herstellung seiner Sicherheit wolle, und Englands, das vor allem die Wiederherstellung der europäischen Mächte wolle, seien nicht unvereinbar. Poincaré verwahrt sich dagegen, daß Frankreich bei der Vertretung seiner Interessen engherzig sei oder an die politische oder wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands denke. Als Gläubiger Deutschlands sei Frankreich stets daran erinnert, daß Deutschland produzieren könne. (?) Er weise ferner den Gedanken einer kontinentalen Vorherrschaft Frankreichs zurück und versichere Mac Donald, daß kein vernünftiger Franzose je daran gedacht habe, auch nur einen Quadratzentimeter deutschen Bodens Frankreich einzuverleiben. (!) Abgesehen von Elsaß-Lothringen habe Frankreich niemals den Rhein als Grenze verlangt, der eine Linie gegen neue deutsche Angriffe bilden müsse. Poincaré geht dann auf die militärischen Rüstungen Frankreichs ein, die nicht gegen England gerichtet seien, sondern einschließlich der Luftrüstungen Frankreich gegen die eventuelle deutsche Revanche verteidigen sollen. (!) Er erwähnt die Politik Frankreichs gegenüber der Kleinen Entente, die England nicht schädigen könne. Wenn Frankreich diesen Staaten die Mittel zu ihrer Verteidigung gegeben habe, so sei es dadurch nicht veranlaßt und könne dadurch auch nicht verhindert werden, seine eigenen Schulden zu bezahlen. Das Ruhrgebiet sei besetzt worden, um Deutschland zu bestimmen, daß es seine Schulden gegenüber Frankreich begleiche, um den hartnäckigen Widerstand der deutschen Industriemagnaten zu überwinden. Dieses Druckmittel werde außer Tätigkeit treten, sobald Deutschland sich seiner Verpflichtungen entledigt habe. (!) Die Besetzung der Rheinlande werde ein Ende nehmen, wenn die vom Friedensvertrage aufgestellten Bedingungen erfüllt seien und Frankreichs Sicherheit garantiert werde. (!) Nach Einbringung der Sachverständigengutachten und ihrer Prüfung durch die Reparationskommission und die alliierten Regierungen könne man, so hoffe er, rasch zu einer Gesamtregelung gelangen und durchsetzen, daß Frankreich sie zur Durchführung bringe. Poincaré dankt in diesem Zusammenhange Mac Donald für die Erklärung, daß die Frage der interalliierten Schulden als mit der Reparationsfrage zusammenhängend zu betrachten sei. Es sei, so fügt er hinzu, unendlich wirtschaftlich wertvoll, daß sie zu gleicher Zeit geregelt werde. Was den Völkerbund angeht, so trete auch die französische Regierung für seine Stärkung ein. Sie habe immer gefühlt, daß er über stärkere Aktionsmittel verfüge. Poincaré erklärt schließlich, daß eine Stärkung des Prestiges des Völkerbundes eine Beschleunigung der Wiedergutmachung der Kriegsschäden und die Festigung des Weltfriedens um so rascher und günstiger erfolgen können, je enger das Einvernehmen zwischen Frankreich und England sei. Er dankt Mac Donald dafür, daß er das selbst mit so großer Klarheit festgestellt habe.

*

Dem klugen Schreiben Mac Donalds ist nichts hinzuzufügen, starr an seinem Standpunkt trotz der veränderten Lage in Frankreich und Deutschland festhält. Er weiß, daß seine militaristische Politik in Deutschland festhält. Er weiß, daß seine militaristische Unterdrückungspolitik den Nationalismus und damit den Revanchegeist in Deutschland treibhausartig züchtet. Das Anwachsen der nationalaktiven Verbände ist der unwiderlegbarste Beweis dafür. Alle diese Verbände samt dem Revanchegeschrei sind zum Tode verurteilt, wenn die französische Regierung ihre Politik auf die Basis der Verständigung stellt. Die vielen Hunderte von Goldfranken für Rüstungen zum angeblichen Schutz gegen deutsche Revanche könnte Frankreich zur Stabilisierung seiner Währung, zur Besserung der Wirtschaftslage, zur sozialen Hilfe für seine notleidenden Einwohner verwenden, wenn seine Regierung sich endlich den Standpunkt der übrigen Kulturwelt zu eigen machte, daß der Buchstabe des Versailler Friedensvertrages tot ist, und daß Frankreich unendlich viel gewinnt, wenn es Deutschland die Freiheit seines Territoriums und damit die Entfaltungsmöglichkeiten für seine Industrie zurückgibt. Denn das sind die ersten Voraussetzungen für deutsche Reparationsleistungen überhaupt. Das gegenwärtige Unterdrückungs- und Ausraubungssystem bedeutet die deutsche Wirtschaftsohnmacht in Permanenz und damit die dauernde Unmöglichkeit, Reparationen leisten zu können. Bedeutet aber auch die dauernde Besetzung von Rheinland und Ruhrgebiet entsprechend den Absichten der französischen Nationalisten. Daß diese Entwicklung schwere Gefahren für Frankreich sowohl wie für Deutschland und den europäischen Frieden in sich birgt, bedarf keiner besonderen Erläuterung.

Sollten die französischen Kammerwahlen im April keine grundlegende Aenderung in der französischen Außenpolitik bewirken, so wird nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich und das übrige Europa schwersten Zeiten entgegengehen. Die Lösung des Reparationsproblems auf der Grundlage wirtschaftlicher Verständigung, die Schaffung der Goldnotenbank, das Aufgeben jeglicher militaristischer und annexionistischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes sind die grundlegenden Voraussetzungen aller beteiligten Länder für den Wiederaufstieg.

Die Politik Poincarés aber, wie sie in dem oben wiedergegebenen Antwortschreiben zum Ausdruck kommt, die Politik der militärischen Besetzung bis auf den Tag, wo die letzten, von allen Sachverständigen als unsinnig gekennzeichneten Forderungen erfüllt sind, bedeutet die fortschreitende Desorganisation der europäischen Wirtschaft, den dauernden Kriegszustand, die Heraufbeschwörung einer neuen Völkerexplosion und damit die Vernichtung der europäischen Kultur überhaupt. An dem französischen Wählervolk liegt es, den Weg zur Katastrophe zu versperren.

Kommunalpolitik.

IV. A) Landgemeinden, Landbürgermeistereien, Gutsbezirke.

Von Wilhelm Guske (Merseburg.)

Die unbefangene Prüfung der gegenwärtig dem Preußischen Landtage zur Beratung vorliegenden Entwürfe einer Landgemeinde- und Städteordnung wird zu dem auffallenden Ergebnis führen, daß mit besonders großer Sorgfalt in den Vorlagen der Unterschied zwischen Stadt und Land dargestellt wird. Wenn nun auch als allgemeine Erkenntnis angesehen werden kann, daß die preußischen 51 000 unteren Glieder der öffentlichen Verwaltung (Stadt- und Landgemeinden), deren Größe zwischen 100 und 4 000 000 Einwohnern schwankt, nicht nach einer gleichartigen Form verwaltet werden können, so wird doch aber verlangt werden müssen, daß alle Verwaltungsformen einheitliche innere Rechtsgrundlagen haben müssen. Die äußere rein verwaltungstechnische Form muß sich den jeweiligen örtlichen Bedürfnissen anpassen. Das örtliche Bedürfnis wird in erster Linie bestimmt durch den Grad der erforderlichen kommunal-wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Diese Leistungsfähigkeit muß den Anforderungen der Daseinsbefriedigung, der örtlichen Bevölkerung entsprechen, soweit sie auf öffentlich-rechtlicher Grundlage durchgeführt wird. Nicht geschichtliche Ueberlieferungen, sondern die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse müssen zum Ausgangspunkt der Reform der Landgemeinde- und Städteverwaltungen gemacht werden.

Die neue Landgemeinde- und Städteordnung bringt nicht die rechtliche Gleichstellung aller Staatsbürger und verhindert auch eine einheitliche Zusammenfassung der gleichstrebenden Kräfte. Die Bewohner von Stadt und Land werden wieder sehr unterschiedlich behandelt. Einem Orte, dem im Zeitalter des Absolutismus durch den Landesfürsten zufällig Stadtrechte verliehen worden sind, und jetzt vielleicht 1000 Einwohner hat, werden größere Rechte gewährt in der Selbstverwaltung, als einer Landgemeinde von etwa 20 000 Einwohnern. Die früheren Unterschiede zwischen Stadt und Land sind durch die wirtschaftliche Entwicklung schon heute vielfach ausgeglichen. Wenn der deutschen Bevölkerung auf dem gegenwärtigen Boden des Reichsgebietes eine den westeuropäischen Bevölkerungen entsprechende Daseinsbefriedigung wieder gewährt werden soll, so wird die wirtschaftliche Entwicklung weitere fortschreitende Ausgleiche zwischen Stadt und Land durch die stark gesteigerte Gütererzeugung bewirken. Früher waren die Städte wesentlich Gebiete der reinen Austauschwirtschaft und das Land im wesentlichen Gebiet einer Bedarfswirtschaft. Durch weitere fortschreitende Industrialisierung unter Ausnutzung günstiger örtlicher Verhältnisse (Verkehrslage, Rohstoffgewinnung usw.) wird das Land in immer größerem Umfange in das Gebiet der Austauschwirtschaft hineingezogen.

Ob es als zweckmäßig angesehen werden kann, die untere Gliederung der inneren Verwaltung wieder nach Stadt- und Landgemeinden scharf zu trennen, möchte ich sehr bezweifeln. Meines Erachtens würde die Reform der inneren Verwaltung am zweckmäßigsten gefördert werden können, wenn die Entwürfe der Landgemeinde- und Städteordnung zu einer Gemeindeordnung vereinheitlicht würden. Es würde sich auch vielleicht empfehlen, hinsichtlich der Ausführung der Verwaltung nur allgemeine Anweisungen (Richtlinien) zu geben, dann könnte der Ausführung mehr eine den Anforderungen der örtlichen Verhältnisse entsprechende Form gegeben werden.

Nach den bisherigen Verhandlungen im Ausschuß des Preußischen Landtages für die Stadt- und Landgemeindeordnung muß bestimmt damit gerechnet werden, daß eine besondere Landgemeindeordnung und eine besondere Städteordnung erlassen wird. Die neue Landgemeindeordnung wird von der zurzeit geltenden Landgemeindeordnung voraussichtlich im wesentlichen sich nur unterscheiden durch eine neuzeitlichere Fassung der Bestimmungen des Gemeindeverfassungsrechts. Sachlich wird der gegenwärtige Zustand der Landgemeindeordnung fast gar nicht geändert.

Der Versuch, durch Bildung von Landbürgermeistereien größere kommunalwirtschaftliche Leistungsfähigkeit zur Befriedigung der allgemeinen Bedürfnisse auf öffentlich-rechtlicher Grundlage zu erreichen, wird voraussichtlich infolge der geschaffenen formal-rechtlichen Schwierigkeiten wenig wirksam gemacht werden können. Der letzte Beschluß des Ausschusses des Landtags lautet:

„Landbürgermeistereien werden in den Provinzen gebildet, in denen der Provinziallandtag die Bildung für das gesamte Gebiet der Provinz beschließt. Dieser Beschluß muß mit mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen gefaßt werden."

Wird diese Bestimmung Gesetz, so erscheint mir die Bildung von Landbürgermeistereien fast ganz unmöglich gemacht.

Die Frage der Bildung von Landbürgermeistereien, d. h. eine Verbindung kommunal-wirtschaftlich schwacher Landgemeinden zu einem leistungsfähigen Kommunalverband wird nur nach reinen Zweckmäßigkeitserwägungen entschieden werden müssen. Die Zweckmäßigkeitserwägungen werden sich nur stützen können auf die tatsächlichen örtlichen Bedürfnisse. Diese örtlichen Bedürfnisse sind nun aber abhängig von dem Grade der wirtschaftlichen Entwicklung. In den verschiedenen Gebieten der Provinzen sind nun aber keine gleichartigen, sondern auch ganz verschiedene wirtschaftliche Entwicklungen vor sich gegangen. Dicht bevölkerte Industrie- und schwach bevölkerte landwirtschaftliche Gebiete bedingen trotz des gleichen formalen Verwaltungsrechts in der öffentlichen Verwaltung eine unterschiedliche Behandlung der Verwaltungstechnik.

Da die Bildung der Landbürgermeistereien nur eine Frage der Zweckmäßigkeit sein kann, so wird auch immer geprüft werden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403031-14/fragment/page=0001

müssen, ob die Ueberwindung der Widerstände, die sich bei der Wahrnehmung der öffentlichen Verwaltung durch die Raum- und Zeitverhältnisse ergeben, nicht einen Aufwand nötig macht, der im Mißverhältnis zu dem Erfolge steht. Dieses Mißverhältnis von Aufwand und Erfolg zeigt sich in erster Linie durch „bureaukratische" Organisation der Verwaltung. Eine, das natürliche Verhältnis zwischen Aufwand und Erfolg unzünftig beeinflussende Bureaukratie gnistecht in der Regel da, wo Anordnung und Ausführung in der inneren Verwaltung räumlich und zeitlich getrennt sind.

Unnötiger bureaukratischer Aufwand (verwaltungstechnischer Leerlauf) tritt häufig ein bei der Gliederung der Verwaltung nach der Höhe (Gemeinde, Kreis, Regierungsbezirk, Provinz und Land). Bei der Bildung von Landbürgermeistereien ist aber vornehmlich die Frage zu prüfen, ob nicht durch einen Mangel an Zusammenfassung der nebeneinander bestehenden Gemeinden ein unnötiger Verwaltungsaufwand verursacht wird. In Mitteldeutschland sind z. B. durch die zunehmende Industrialisierung auf engem Raum viele Nachbargemeinden so zusammengewachsen, daß sie örtlich als ein organisches Ganzes angesehen werden können. Wenn nun z. B. auf einem Flächenraum von etwa 4 Quadratkilometer 4 Gemeinden vorhanden sind, die 200, 400, 600 und 800 Einwohner haben, so würde durch Vereinigung dieser vier Gemeinden zu einer Gemeinde ein erheblicher Aufwand an Verwaltungsarbeit gespart werden. Bleiben die Gemeinden z. B. selbständig, so würden sie gebrauchen: 4 Gemeindevertretungen, 4 Gemeindevorsteher, 4 Gemeindeschöffen, 4 Gemeindeschriftführer usw., jedes Verwaltungsschriftstück müßte viermal angefertigt werden. Angelegenheiten, die zum Teil alle Gemeinden gleichmäßig berühren, z. B. Wegeangelegenheiten, Wasserversorgung, Schulfragen usw., müssen in den Gemeinden einzeln beraten und dann in Wiederholung in einer Vereinigung mit der Nachbargemeinde in der Regel endgültig erledigt werden. Welches Maß Arbeitskraft geht hier allein durch das Nebeneinanderbestehen der Gemeinden verloren. Aber nicht nur der Mehrverbrauch an Arbeitskraft durch die formale Verwaltungsarbeit ist als schädlich anzusehen, sondern noch viel bedenklicher erscheint mir, daß die kommunal-wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der vier Einzelgemeinden bei weitem nicht so hoch ist, als bei einer vereinigten Gemeinde.

Der Einwand, daß eine Gemeinde von 2000 Einwohnern hauptamtlich verwaltet werden muß, während die vier Einzelgemeinden nebenamtlich ehrenamtlich verwaltet werden können, geht meist von der falschen Voraussetzung aus, daß die ehrenamtliche Verwaltung billiger sei. Bei unseren gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen ist aber der allergrößte Teil der Einwohner auf sorgfältigste Ausnutzung seiner Arbeitskraft angewiesen. Hierbei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß die Gegenwart eine erhebliche gesteigerte gesetzliche Tätigkeit beanspruscht (allgemeine Verwaltung, Steuerfragen, Fürsorgewesen usw.) Während also die Zahl der Volksgenossen mit arbeitslosem Einkommen (die doch nur die ehrenamtliche Tätigkeit in vollem Umfange übernehmen können) sich vermindert hat, ist der Umfang der Gemeindeverwaltungsarbeit erheblich gestiegen. Wo ehrenamtliche Arbeit zur Verfügung steht, soll diese voll ausgenutzt werden, sie darf aber nicht dazu dienen, die wirtschaftlich schwachen Kreise der Bevölkerung von der Mitwirkung an der Verwaltungsarbeit auszuschließen und den wirtschaftsstarken Bevölkerungsschichten noch besondere Vorrechte zu verschaffen durch persönliche Wahrnehmung der Verwaltung.

Die belgische Regierungskrise.

Brüssel, 2. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die belgische Regierungskrise hat noch immer keine Lösung gefunden. Alle in Aussicht genommenen Kombinationen haben sich als unmöglich erwiesen. Die Bemühungen des Königs, Herrn Theunis zur Neubildung des Kabinetts zu bewegen, dauern an; sie werden unterstützt von namhaften Politikern aus den katholischen und liberalen Lagern. Ein Erfolg ist ihnen bisher auch nicht beschieden. Beharrt Theunis auf der endgültigen Ablehnung, so dürfte ein reines Geschäftsministerium in den Vordergrund treten.

Brüssel, 3. März. (WTB.)

Der König empfing gestern den katholischen Abgeordneten Renkin und den liberalen Bürgermeister von Brüssel Max. Nach der „Independance Belge" soll ein Kabinett Francqui Aussicht auf Unterstützung der Sozialisten haben, selbst wenn diese nicht ins Ministerium eintreten.

Bestrafung. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Ein Teil der Parteipresse bringt eine Notiz aus der Lewi-Korrespondenz, die ein angebliches Zitat der „Rheinischen Zeitung", als „dem Organ Sollmanns" glossiert und dadurch eine Art Bekehrung unseres Kölner Parteiblattes zu der sogenannten Opposition feststellen will. Genosse Sollmann bittet den SPD., festzustellen, daß der betreffende Aufsatz niemals in der „Rheinischen Zeitung" gestanden hat. Er ist der „Rheinischen Warte" in Koblenz entnommen, die von unserem Kölner Blatte ganz unabhängig ist. Eine etwas größere Gewissenhaftigkeit im Zitieren wäre doch wohl geboten.

Münchener Hochverratsprozeß.

München, 1. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der Sonnabend brachte die Vernehmung des sechsten und siebenten Angeklagten, des Hauptmanns Röhm von der Reichskriegsflagge, und des Oberleutnants d. R. und Studenten Brückner, des Kommandeurs des Münchener Kampfbund-Regiments. Röhm betont erneiteind, es sei ihm immer noch nicht zum Bewußtsein gekommen, daß er sich verteidigen müsse für eine Tat, die ihm so selbstverständlich erscheine, daß er nicht wüßte, wie er am 8. November hätte anders handeln können. Er sei Offizier und Soldat, und von diesem Gesichtspunkt aus müßten seine Handlungen gewürdigt werden. Röhm gab dann eine kurze Skizze seiner militärischen Laufbahn, insbesondere erzählte er auch von seiner nationalistischen Gesinnung, die ihn aber nicht gehindert hat, bis Mitte 1923 in der Reichswehr zu dienen. Allerdings habe er an seiner Mütze niemals den Pfeilgeier getragen, sondern stets nur die schwarzweißrote Kokarde. Sofort nach der Revolution habe er den Kampf gegen diesen aufgenommen, allerdings meist ohne Erfolg. Seine Hauptgegner waren dabei die Soldatenräte gewesen, die sich aber persönlich stets anständig benommen hätten. Beim Freikorps Epp machte ich im Mai 1919 die Befreiung Münchens mit, hatte dann die Aufgabe, die revolutionären Verbände aufzulösen, ein Wehrregiment aufzustellen und die Einwohnerwehr zu errichten. Damals stellte sich eine große Anzahl von Offizieren zur Verfügung und strebte wertvolle Posten an. Das hat einen schlechten Eindruck auf mich gemacht. Meine Tätigkeit unter Epp brachte mich in Verbindung mit den vaterländischen Verbänden. Ich trat sehr bald der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bei, gründete den Nationalverband deutscher Offiziere und kam durch die Einwohnerwehr mit Kriebel in Verbindung. Ende 1922 entschloß sich das Reichswehrministerium, mich von meinem Kommandeur Epp zu trennen, weil ich durch heftige Angriffe der „Münchener Post" und durch Berichte Auers nach Berlin in eine exponierte Lage gekommen sei. Ich wurde hinaufbefördert (!) und kam in den Stab der 17. Division, als an die Stelle Möhls General Lossow trat. Von diesem Zeitpunkt an datiert meine Zusammenarbeit mit den damaligen Kampfverbänden. Im März/April erging das Verbot des Reichswehrministers gegen die Teilnahme der Reichswehr an vaterländischen Verbänden. Jetzt machte ich auch in München eine Ortsgruppe der „Reichsflagge" auf und legte dabei den Hauptwert darauf, daß Angehörige der Reichswehr diesem Verband und den anderen Verbänden als Freunde und Gönner angehörten. Bei den zahlreichen Veranstaltungen waren alle Behörden bei den damals noch staatstragenden Verbänden zu Gaste, auch Mahr. Es entwickelte sich ein enges Freundschaftsverhältnis, insbesondere hoben die Mannschaften die Treue bewahrt, während die Reichswehr ihre Beteiligung an den Verbänden mehr wie die Teilnahme an einer Wohltätigkeitsveranstaltung auffaßte: man amüsierte sich, gebt heim und will keine Ungelegenheiten haben. Diese Tatsache hat sich später erst recht gezeigt. Langsam kam ich durch meine Tätigkeit bei den vaterländischen Verbänden in Konflikt mit Berlin. Es kam der 1. Mai 1923, und ich wurde wegen Teilnahme an den damaligen Maßnahmen der Verbände strafversetzt. Ich erbat deshalb meinen Abschied. Aber Lossow erklärte mir, daß liege keine Veranlassung vor; weshalb ich dann das Abschiedsgesuch zurückzog. Die Sache wurde aber nach Berlin gemeldet, und Geßler verabschiedete mich telegraphisch, was Lossow aber nicht anerkannte. Geßler kam nach München und zog schließlich meine Verabschiedung zurück. Nach einem dreimonatigen Urlaub und nachdem ich die Herbstmanöver mitgemacht hatte, wurde ich durch den Reichswehrminister nach Berlin versetzt. Da sich aber die politischen Verhältnisse so entwickelt hatten, daß eine Tätigkeit in der Reichswehr in dem Sinne, wie ich sie wollte, nicht mehr in Frage kam, nahm ich endgültig meinen Abschied, um mich ganz dem Kampfbund zu widmen. An den Bestrebungen Hitlers und der anderen habe ich nicht teilgenommen. Ich erklärte Hitler: Verschont mich mit den zeitraubenden Besprechungen, wenn ihr mir den Befehl sendet, ich müsse an einem bestimmten Tage an einem bestimmten Orte mit meinen Truppen stehen, so könnt ihr euch auf mich verlassen. Anfang November hielt ich es für notwendig, daß die „Reichskriegsflagge" mit einer Veranstaltung an die Oeffentlichkeit trete. Als Versammlungslokal wurde der „Löwenbräukeller" und als Tag der 8. November bestimmt. Als Redner trat Esser auf. Während er sprach, wurde die Mitteilung überbracht, daß im „Bürgerbräu" die neue Regierung ausgerufen sei. Ich ließ sofort antreten und zum „Bürgerbräu" marschieren. Auf dem Wege erfuhr ich aber den Befehl, das Wehrkriskommando zu besetzen.

Der Verlauf der Nacht ist bereits geschildert. Gegen Morgen kehrten Ludendorff und Kriebel vom Wehrkreiskommando zum „Bürgerbräu" zurück. Es kamen eine Menge Offiziere, die sich mir zur Verfügung stellten. Eine offizielle Benachrichtigung, daß die Reichswehr gegen uns ist, habe ich erst später bekommen. Die Verteidigung des Wehrkreiskommandos wurde von mir angeordnet, als das Anrücken von Tanks gemeldet wurde. Ich wollte auf meinem Posten bleiben bis zu einem Gegenbefehl von Ludendorff. Dann kam Epp und sprach auf mich ein, ich könne mich ja gar nicht halten, ich dürfe nicht gegen die Reichswehr kämpfen. Es wurde dann eine zweistündige Waffenruhe vereinbart, während der zwei Leutnants Kriegsflagge durch die Reichswehr erschossen wurden. Die Bedingungen der Uebergabe waren: Abzug mit militärischen Ehren, Abgabe der Waffen und ehrenvolle Stellung des Führers. (!) Ich habe mich schließlich entschlossen, diese Bedingungen anzunehmen.

Nach einer Reihe von Fragen an den Angeklagten begann das Verhör von Brückner. Für meine Einstellung, erklärte dieser, war maßgebend der Ausbruch der Revolution 1918. Ich war damals in Augsburg, als Eisner dort eine Rede hielt. Seine schamlosen Ausführungen gaben mir Anstoß zu dem fanatischen Haß gegen jene Verbrecher, die Deutschland ungeheure gerichtet haben. (!) Im Frühjahr 1919 wirkte ich bei der Befreiung Münchens mit. Später schloß ich mich Hitler und seiner Partei an. Dabei war für mich maßgebend, daß unter den Anhängern Hitlers sich in großer Menge Arbeiter befanden. Bei den Besprechungen vor dem 8. November war ich als militärischer Führer nicht dabei. Am 8. November bekam ich um 10 Uhr morgens den Befehl für den „Bürgerbräukeller". Von der Versammlung selbst, an der ich teilnahm, hatte ich absolut den Eindruck, daß Kahr, Lossow und Seißer mitmachen. Dieser Eindruck hat sich bei mir am andern Morgen noch verstärkt, als die „Münchener Neuesten Nachrichten" in einen direkt frenetischen Jubel ausbrachen darüber, daß die nationale Regierung ausgerufen sei.

Der Angeklagte schildert dann den Zug in die Stadt und die Vorgänge an der Residenz. Das Schlachtfeld sei widerlich gewesen. Er selbst sei völlig niedergeschmettert gewesen und habe gehofft wie ein Hund. „Dann ging ich nach Hause und habe mich für die Verhaftung bereitgehalten. Während der drei Monate Untersuchungshaft konnte ich über alles nachdenken. Ich bin stolz darauf, den 8. und 9. November mitgemacht zu haben. Wenn ich noch mal in die Lage käme, würde ich genau so zu meinen Führern Hitler und Ludendorff stehen." (!)

Darauf wurde die Verhandlung auf Montag vertagt. Die nächste Woche wird nach den beiden Höhepunkten der Vernehmung Hitlers und Ludendorffs den dritten Höhepunkt: voraussichtlich erreichen, wenn Kahr, Lossow und Seißer ihre mit Spannung erwartete Entlastungsoffensive gegen ihre einstigen Gesinnungsfreunde unternehmen.

Der große Feldwebel.

Daß die Verteidigungsrede Ludendorffs ein kindischer Versuch ist, sich ein politisches Format zu geben, werden unsere Leser wohl samt und sonders empfunden haben. Sogar Ludendorffs engste Freunde sind sehr verlegen. Der Sonderberichterstatter des „Lokal-Anzeigers", der den anderen, jetzt im Münchener Prozeßsaal vereinigten Helden des Bürgerkrieges mit rührender Begeisterung seine Huldigungen darbringt, ringt sich allerdings auch für den „glühenden deutschen Ludendorff" einige verlegene Komplimente ab, aber sein Kollege vom „Tag" gesteht: „Es war kein zweites Tannenberg." Nur der Berichterstatter der „Deutschen Tageszeitung" erklärt, die Rede sei „scharfsinnig aufgebaut" gewesen, und ist in geistiger Anspruchslosigkeit restlos entzückt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" des Herrn Stinnes dagegen bemerkt:

„Was General Ludendorff da heute vorgetragen hat in der festen Ueberzeugung, daß er sich die Herzen gewonnen habe in dem bayerischen Volke, das er „aus den Fesseln des Marxismus zu befreien", die Mission in sich fühlt, wird ein ganz anderes Echo finden, als er sich dachte, und zwar nicht nur in Bayern. Für jeden Deutschen, der Ludendorff als Soldaten aufs höchste zu verehren gewohnt war, mußte es schmerzlich sein, ihn heute in einer solchen Form als Politiker sehen zu müssen."

Im Namen der katholischen Deutschen, gegen die der General Ludendorff in seinem langen Vortrag Beschuldigungen und Verdächtigungen maßlos gehäuft hat, antwortet das Zentrumsorgan, die „Germania". In dieser Entgegnung heißt es unter anderem:

„Man muß wissen, wie es in dem Kopf und im Herzen eines Mannes aussieht, der in entscheidenden Jahren deutscher Geschichte maßgebenden Einfluß nicht nur auf die deutsche Kriegsführung, sondern auch auf die deutsche Politik besessen hat. Ludendorff wollte die Schlechtigkeit anderer entthüllen. Er hat sich aber nur selbst entlarvt und der Welt den erneuten Beweis erbracht, daß es so mit uns kommen mußte, wie es gekommen ist, wenn ein Mann von so verworrenen Gedankengängen maßgebend die deutsche Politik bestimmen kann. — Herr Ludendorff ist wegen Hochverrats angeklagt. Er soll sich verteidigen und glaubt es am besten dadurch tun zu können, daß er alle die Aderwehren nachbetet, die im deutschvölkischen Katechismus über „ultramontane" Vernichtungspläne gegen das Deutsche Reich, über die reichszerstörende Politik des Zentrums und die deutschfeindliche Haltung des Vatikans verzeichnet sind. Es überrascht uns nicht im geringsten, in der Melodei des Generals Ludendorff die bekannten Klänge von den Aufstiftungsbestrebungen des Zentrums und der internationalen Verschwörung gegen den Bestand des Deutschen Reiches vernehmbar durchklingen zu hören, aber es ist doch ein starkes Stück, wenn Ludendorff die Führer des katholischen Volksteils, der in der vordersten Reihe der bedrohten Gebiete für das Deutschtum kämpft und bei seit fünf Jahren, und besonders stark seit einem Jahre, die Hauptlasten des von Ludendorff verlorenen Krieges tragen muß,

Aquis submersus.

(In den Wassern versunken.)

(12) Novelle von Theodor Storm.

„Sieh dir's noch einmal an, Johannes!" hatte dermalen er gesprochen; „es kommt geschehen, daß du bei deiner Heimkehr nicht daheim findest, und daß alsdann ein Wüllemann nicht für dich am Tor geschreiben würde; — ich aber möcht nicht, daß du diese Stätte hier vergäßest."

Das flog mir irgend durch den Sinn, und ich mußte bitter lachen; denn nun war ich hier als ein gehetzet Wild; und schon hörete ich die Hunde des Junker Wulf gar grimmig draußen an der Gartenmauer rennen. Selbige aber war, wie ich nach tags zuvor gesehen, nicht überall so hoch, daß nicht das wütige Getier hinüber konnte; und rings im Garten war kein Baum, nichts als die dichten Hecken und drüben gegen das Haus die Blumenbeete des seligen Herrn. Da, als eben das Bellen der Hunde wie ein Triumphgeheule innerhalb der Gartenmauer scholl, erfahe ich in meiner Not den alten Steinbaum, der sich mit starkem Stamme an den Turm hinaufreckt; und da dann die Hunde aus den Hecken auf den mondhellen Platz hinausrasten, war ich schon hoch genug, daß sie mit ihrem Anspringen mich nicht mehr erreichen konnten; nur meinen Mantel, so von der Schulter geglitten, hatten sie mit ihren Zähnen mir herabgerissen.

Ich aber, also angeklommert und fürstand, es werde das nach oben schwächere Geäste mich auf die Dauer nicht ertragen, blickte suchend um mich, ob ich nicht irgend bessern Halt gewinnen möchte; aber es war nichts zu sehen als die dunklen Efeuklätter um mich her. — Da, in solcher Not, hörete ich aber mir ein Fenster öffnen, und eine Stimme scholl zu mir herab — möcht ich sie wieder hören, wenn du, mein Gott, mich bald nun rufen läßt aus diesem Erdenleid! — „Johannes!" rief sie; leis, doch deutlich hörete ich meinen Namen, und ich kletterte höher an dem immer schwächeren Gezweige, indes die schlafenden Vögel um mich aufstuben und die Hunde von unten ein Geheul heraufstießen. — „Katharina! Bist du es wirklich, Katharina?"

Aber schon kam ein zitternd Händlein zu mir herab und zog mich gegen das offene Fenster; und ich sah in ihre Augen, die voll Entsetzen in die Tiefe starrten.

„Komm!" sagte sie. „Sie werden dich zerreißen." Da schwang ich mich in ihre Kammer. — Doch als ich drinnen war, ließ mich das Händlein los, und Katharina sank auf einen Sessel, so am Fenster stund, und hatte ihre Augen dicht geschlossen. Die dicken Flechten ihres Haares lagen über dem weißen Nachtgewand bis in den Schoß hinab; der Mond, der draußen die Gartenhecken überstiegen hatte, schien voll herein und zeigete mir alles. Ich stund wie festgezaubert vor ihr; so lieblich fremde und doch so ganz mein eigen schien sie mir; nur meine Augen tranken sich satt an all der Schönheit. Erst als ein Seufzen ihre Brust erhob, sprach ich zu ihr: „Katharina, liebe Katharina, träumet Ihr denn?"

Da flog ein schmerzlich Lächeln über ihr Gesicht: „Ich glaub wohl fast, Johannes! — Das Leben ist so hart; der Traum ist süß!"

Als aber von unten aus dem Garten das Geheul aufs neu heraufkam, fuhr sie erschreckt empor. „Die Hunde, Johannes!" rief sie. „Was ist das mit den Hunden?"

„Katharina," sagte ich, „wenn ich Euch dienen soll, so glaub ich, es muß bald geschehen; denn es fehlt viel, daß ich noch einmal durch die Tür in dieses Haus gelangen soll'e." Dabei hatte ich den Brief aus meinem Täschlein hervorgezogen und erzählete auch, wie ich im Kruge drunten mit den Junkern sei in Streit geraten.

Sie hielt das Schreiben in den hellen Mondenschein und las; dann schaute sie mich voll und herzlich an, und wir berebeten, wie wir uns morgen in dem Tannenwalde treffen wollten; denn Katharina sollte noch zuvor erkunden, auf welchen Tag des Junker Wulfen Abreise aus den Kieler Johannismärkte festgesetzet sei.

„Und nun, Katharina," sprach ich, „habt Ihr nicht etwas, das einer Waffe gleichsteht, ein eisern Ellenmaß oder so dergleichen, damit ich der beiden Tiere drunten mich erwehren könne?"

Sie aber schrak sich wie aus einem Traum empor: „Was spricht du, Johannes!" rief sie; und ihre Hände, so bislang in ihrem Schoß geruhet, griffen nach den meinen. „Nein, nicht fort, nicht fort! da drunten ist der Tod; und gehst du, so ist auch hier der Tod!"

Da war ich vor ihr hingekniet und lag an ihrer jungen Brust, und wir umfingen uns in großer Herzensnot. „Ach, Kätke," sprach ich, „was vermag die Liebe denn! Wenn auch den Bruder Wulf nicht wäre; ich bin kein Edelmann, und darf nicht also dich werben."

Sehr süß und sorglich schauete sie mich an; dann aber kam es wie Schelmerei aus ihrem Munde: „Kein Edelmann, Johannes? — Ich dächte, du seiest auch das! Aber — ach nein! Dein Vater war nur der Freund des meinen — das gilt der Welt wohl nicht!"

„Nein, Kätke; nicht das und sicherlich nicht hier," entgegnete ich und umfaßte fester ihren jungfräulichen Leib; „aber drüben in Holland, dort gilt ein tüchtiger Maler wohl einen deutschen Edelmann; die Schwelle von Rembrandt van Dycks Palaste zu Amsterdam ist wohl dem Höchsten ehrendoll zu überschreiten. Man hat mich drüben halten wollen, mein Meister van der Helst und andere! Wenn ich dorthin zurückginge, ein Jahr noch oder zwei; dann — wir kommen dann schon von hier fort; bleib nur nur feste gegen eure wilden Junker!"

Katharinens weiße Hände strichen über meine Locken; sie herzete mich und sagte leise: „Da ich in meine Kammer bich gelassen, so werd ich doch dein Weib auch werden müssen."

— — Ihr ahnete wohl nicht, welch einen Feuersturm dies Wort in meine Adern goß, darin ohnedies das Blut in heißen Pulsen ging. — Von dreien furchtbaren Dämonen, von Zorn und Todesangst und Liebe ein verfolgter Mann, lag nun mein Haupt in des vielgeliebten Weibes Schoß.

Da schrillte ein geller Pfiff; die Hunde drunten wurden jählings stille, und da es noch einmal gellte, hörete ich sie wie toll und wild von dannen rennen.

Vom Hofe her wurden Schritte laut; wir horchten auf, daß uns der Atem stille stund. Bald aber wurde dorten eine Tür erst aufgetan, zugeschlagen und dann ein Riegel vorgeschoben. „Das ist Wulf," sagte Katharina leise; „er hat die beiden Hunde in der Stall gesperrt." — Bald hörten wir auch unter uns die Tür des Hausflurs gehen, den Schlüssel drehen und danach Schritte in dem untern Korridor, die sich verloren, wo der Junker seine Kammer hatte. Dann wurde alles still.

Es war nun endlich sicher, ganz sicher; aber mit unserm Plaudern war es mir einem Male schier zu Ende. Katharina hatte den Kopf zurückgelehnt; nur unser beider Herzen hörete ich klopfen. — „Soll ich nun gehen, Katharina?" sprach ich endlich.

Aber die jungen Arme zogen mich stumm zu ihrem Mund empor; und ich ging nicht.

Kein Laut war mehr als aus des Gartens Tiefe das Schlagen der Nachtigallen und von fern das Rauschen des Wässerleins, das hinten um die Hecken fließt. — —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403031-14/fragment/page=0002

beschuldigt, auf die Zerstörung des Deutschen Reiches hinzuarbeiten. Und es ist, rund heraus gesagt, eine Unverschämtheit, den Reichskanzler Marx sozusagen als Vollstreder Dortensche Pläne anzuschwärzen. Solch grobe Beschimpfungen aus dem Munde eines Mannes, der selbst so viel dazu beigetragen hat, das Gefüge des Reiches zu lockern, und in Wirklichkeit die stille Hoffnung unserer Feinde ist, kann sich der katholische Volksteil keineswegs ruhig gefallen lassen."

Die „Germania" schließt ihre Betrachtungen über die Rede des Generals Ludendorff mit den Worten: „Und das Ganze? Feldherrngeist oder Feldwebelnatur? Der Leser mag entscheiden!"

Heim gegen Ludendorff.

München, 2. März. (Eig. Drahtbericht.)

Gegen die schweren Anklagen, die Ludendorff am Freitag bei seiner Vernehmung gegen die „undeutsche" Politik des Dr. Heim erhoben hat, nimmt der Angegriffene am Sonnabend in einem Interview in den „Münchener Neuesten Nachrichten" kurz Stellung. Die gegen ihn erhobenen Anwürfe habe er bereits früher in voller Oeffentlichkeit widerlegt. Sein Briefwechsel mit dem Grafen Bothmer habe im ganzen Umfange dem Gericht vorgelegen. Dann sagt Dr. Heim wörtlich: „Ich wundere mich, daß General Ludendorff noch, nachdem der Artikel vom 1. Dezember 1918 im „Bayerischen Kurier" erschienen war, und nachdem bereits der Briefwechsel mit dem Grafen Bothmer in der Presse veröffentlicht war, mit mir persönlich verkehrte und mich gelegentlich im Jahre 1921 in der liebenswürdigsten Weise unterhalten hat."

Zur Uebersiedelung Ludendorffs nach München gibt Dr. Heim folgende Darstellung: „Als Kahr kurz nach dem Kapp-Putsch die bayerische Regierung übernommen hatte, teilte er an einem Abend mir telephonisch mit, daß Ludendorff seinen Wohnsitz in Bayern nehmen und sich hier niederlassen wolle. Er fragte mich um meine Meinung, und ich bejahte ohne Zögern, allerdings unter der Voraussetzung, daß Ludendorff sich nicht politisch betätige und sich nicht in die innerbayerische Politik einmische. Damals hat mir allerdings Herr v. Kahr gesagt, diese Aufschrecung habe General Ludendorff gegeben." — Am Schlusse seines Interviews richtet Dr. Heim an seine politischen Gegner die Bitte, seinen Namen aus der Politik zu lassen, bis einmal feststeht, ob er überhaupt wieder in das politische Leben zurückkehre. Er habe sechs Monate Leidenszeit hinter sich und müsse sich noch einer dritten Operation (Star) unterziehen. Er sei zurzeit gegen Angriffe mehr oder minder wehrlos.

Verminderung der Landtags- und Staatsratsmandate in Preußen.

Halbierung der Abgeordnetenzahl als Sparsamkeitsmaßnahme.

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt:

Die Finanzlage des Preußischen Staates erfordert gebieterisch neben anderen Einschränkungen auf allen Gebieten des staatlichen Lebens auch eine Verringerung der Mitgliederzahl der Körperschaften, die bei der Gesetzgebung und Verwaltung mitwirken. Demgemäß hat die preußische Staatsregierung einen Gesetzentwurf zur Begutachtung an den Staatsrat gehen lassen, der die Herabsetzung der Abgeordnetenmandate von 421 auf 210 Sitze vorsieht. In der Begründung des Entwurfs wird gesagt, daß eine Verringerung der Zahl der Landtagsabgeordneten nicht nur aus Ersparnisgründen, sondern auch insofern erwünscht erscheint, als sie eine Zusammenfassung der Kräfte des Parlaments und damit in mancher Hinsicht günstigere Bedingungen für die Erfüllung seiner Aufgaben schaffen wird. Es sollen in Zukunft nicht mehr wie bisher auf 40 000, sondern auf 80 000 Stimmen ein Abgeordnetensitz entfallen. Die hierzu erforderliche Abänderung der §§ 30 bis 32 des Landeswahlgesetzes sieht der neue Gesetzentwurf vor.

Ferner wir vorgeschlagen, in gleicher Weise auch mit dem Staatsrat zu verfahren. Es wird eine Verminderung der Staatsratssitze von 77 auf 38 vorgesehen. Anstatt wie bisher auf 500 000 soll künftig erst auf eine Million Einwohner einer Provinz ein Vertreter entfallen. Dementsprechend wird erst auf einen Rest von mehr als 500 000 Einwohnern, statt wie bisher 250 000, ein weiterer Vertreter zugeteilt. Die Festsetzung einer Mindestzahl von Vertretern für jede Provinz wird beibehalten, um die ausreichende Beteiligung der kleinen Provinzen an den Staatsratsarbeiten zu sichern; diese Mindestziffer wird aber von 3 auf 2 herabgesetzt. Der Artikel 32 Abs. 2 der Preußischen Verfassung soll dementsprechend abgeändert werden.

Der Artikel 1 des Gesetzentwurfs (Verminderung der Zahl der Landtagsmandate) soll bei der ersten nach seiner Verkündigung erfolgenden Neuwahl des Landtags in Kraft treten. Den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vorschrift des Artikels 2 (Verminderung der Staatsratssitze) bestimmt das Staatsministerium. Dieser Zeitpunkt muß aber innerhalb von 3 Monaten nach dem Tage der ersten nach der Verkündung des Gesetzes stattfindenden Neuwahl des Landtags liegen. Die Neuwahlen der Staatsratsmitglieder müssen in der ersten nach Inkrafttreten des Artikels 2 des neuen Gesetzes stattfindenden Tagung der Wahlkörper (Provinziallandtag, Stadtverordnetenversammlung in Berlin, Kommunallandtag der Hohenzollernschen Lande) erfolgen. Die obenerwähnte Bestimmung, daß das Inkrafttreten des Artikels 2 durch das Staatsministerium bestimmt wird, dient dem Zweck, eine Gewähr zu schaffen, daß die Neuwahlen zum Staatsrat, die in unmittelbarem Anschluß an die Neuwahlen des Landtags erfolgen sollen, nicht mehr von den bisherigen Provinziallandtagen usw., sondern erst von den neugewählten Körperschaften bewirkt werden.

Schaffung von deutschen Staatsmonopolen?

Paris, 2. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die in Paris und London verbreiteten Gerüchte, daß die Sachverständigen die Aufnahme einer internationalen Anleihe in Höhe von 250 Millionen Pfund Sterling beschlossen hätten, die in der Hauptsache der Stabilisierung der deutschen Währung dienen soll, wird hier dementiert. Die „Chicago Tribune" will wissen, daß die Sachverständigen bereits am Dienstag die Abfassung ihres für die Reparationskommission bestimmten Gutachtens beginnen und bis zum 8. März abschließen werden. Nach der gleichen Quelle soll die zu errichtende Goldemissionsbank ihren Sitz nicht in Zürich, sondern im Haag oder in Amsterdam haben.

Der erste der beiden Sachverständigenausschüsse hat am Sonnabend eine Reihe von Sachverständigen über die Einführung gewisser Gegenstände des Massenverbrauchs zu Staatsmonopolen in Deutschland gehört. Die Meldung französischer Blätter, daß der Ausschuß sich einstimmig für die Errichtung deutscher Monopole ausgesprochen habe, deren finanzieller Ertrag direkt den Reparationen zugeführt werden solle, ist bisher noch nicht bestätigt. Die beiden Unterausschüsse haben sich über die Stabilisierung des deutschen Budgets und die Reorganisierung der deutschen Eisenbahnen unterhalten.

Wirtschaftspolitik.

Der internationale Devisen-Markt.

Nach der täglichen Zunahme des Bedarfs, die in der letzten Zeit am Devisenmarkt festzustellen war, war Ende der Woche eine kleine Erleichterung eingetreten. In einigen Valuten, wie London und auch den nordischen, sind zwar wieder die Anforderungen ein wenig größer, dafür aber ist der Bedarf u. a. in Holland, Kabel Neuyork, Schweiz, Paris, Italien und anderen Valuten etwas zurückgegangen. Auch die direkten Ansprüche bei der Reichsbank haben sich vermindert. Per Saldo ist also eine Abnahme des Bedarfs zu verzeichnen, während auf der anderen Seite die Ablieferungen an Devisenbeständen eine Zunahme erfahren haben. Die Kursfestsetzung hat angesichts der veränderten Methode der Notierungen, einer bis gleiche Bild wie gestern. London 18,1 Bill., Kabel Neuyork 4,2 Bill. Repartiert wurden im einzelnen die Devisen London, Holland, Kabel Neuyork, Paris 2 Prozent, Christiania, Kopenhagen, Stockholm, Belgien, Mailand, Schweiz, Spanien, Prag und Buenos Aires mit 3 Prozent, Rio 5 Prozent, Lissabon 10 Prozent und Wien 75 Prozent. In der letzteren Valuta kam während der amtlichen Notierung erheblicheres Material heraus, so daß eine starke Zuteilung ermöglicht wurde.

Die Mark zeigte im Auslande im großen und ganzen eine befriedigte Haltung. Aus Amsterdam wird ein Kurs von 59¾, aus Zürich ein solcher von 1,27½ gemeldet.

Aus London wird ein Marktkurs von 19½ und aus dem besetzten Gebiete von 19,35 bis 19,4 gemeldet. Der Franken zeigte keine nennenswerte Bewegung. London gegen Paris 108½ bis 108¾, neigte aber eher etwas zur Schwäche. London gegen Paris per Ultimo April 107, per Ultimo Mai 109. Kabel gegen Paris per Ultimo April 24⅞, per Ultimo Mai 25¾.

Gewerkschaftsbewegung.

Jahresversammlung des Gewerkschaftskartells.

Ein schwarzes Jahr in der hallischen Gewerkschaftsbewegung.

Am vergangenen Freitag hielt der Ortsausschuß Halle des ADGB. seine Hauptversammlung ab, um den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegenzunehmen und die Leitung des Kartells für das kommende Jahr zu bestimmen. An der Sitzung, die mit der üblichen fast einstündigen Verspätung begann, nahmen auf Einladung auch die Angestellten der Gewerkschaften teil. Der 1. Vorsitzende, Kollege Lüttich, versuchte, einen kurzen Bericht zu geben. Es war tatsächlich auch nicht viel, was er zu sagen hatte. Der auch von ihm als unglücklich wirkend bezeichnete Wechsel in der Leitung erklärt manches. Hat doch der Kartellvorstand im vergangenen Jahre nicht weniger als dreimal einen Wechsel in der Leitung zu verzeichnen gehabt. Die Finanzfrage war die schwierigste des ganzen Jahres, was die Schließung des Sekretariats am 1. Oktober zur Folge hatte. Soweit sich das ermöglichen ließ, wurde die Auskunfterteilung nebenamtlich erledigt, was in der Zukunft kaum möglich sein dürfte. Die Saumseligkeit der Gewerkschaften in der Erfüllung ihrer finanziellen Pflichten gegenüber dem Kartell hat sich in letzter Zeit gebessert, ein Zeichen dafür, daß sich auch die Lage der Gewerkschaften wieder zu bessern beginnt. Rühmend erkannte der Berichterstatter die eifrige Tätigkeit des 2. Vorsitzenden Genossen Flücht an, wodurch überhaupt erst der Kontakt zwischen den Gewerkschaften und dem Ortsausschuß möglich war. Möchte auch, so schloß Lüttich ahnungsvoll, im kommenden Jahre Ersprießliches geleistet werden im Interesse der hallischen Gewerkschaftsbewegung. (Ein vielversprechender Anfang, ist im weiteren Verlauf der Sitzung bekanntlich damit gemacht worden, indem man diejenigen, durch deren rastlosen Eifer der völlige Zusammenbruch überhaupt erst verhütet wurde, aus dem Vorstand hinausdrängte und so von jeder positiven Aufbauarbeit ausschloß.)

Der 2. Vorsitzende, Genosse Flücht, ergänzte den Bericht in längeren Ausführungen, die teilweise auf den Widerspruch der kommunistisch eingestellten Gewerkschaftler stießen. Die Einseitigkeit über die einzuschlagende Taktik war leider verschiedentlich nicht vorhanden. Leider war der Kartellvorstand nur nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt, ohne Rücksicht darauf, ob die dazu gewählten Kollegen auch die erforderliche Befähigung aufzuweisen haben. Das Ergebnis der geleisteten Arbeit ist dementsprechend. Manches hätte noch geleistet werden können. Die Erwerbslosenfrage ist ein sprechender Beweis dafür, wie wichtige Dinge vernachlässigt worden sind. Wer sitzt jetzt in den Erwerbslosenausschüssen? Neben den Vertretern der „Afa", die sich rechtzeitig darum kümmerte, Christen und Gelbe als Vertreter der hallischen Arbeiterschaft. In der Frage der Gewerbegerichtsbeisitzer hat das Kartell ebenfalls versagt. Als vornehmste Pflicht müßte es das Kartell erachten, den 12 000 Erwerbslosen, von denen nur 4900 Unterstützung bezieheln, zu helfen. (Zuruf: und dafür zu sorgen, daß die Zahl dieser bedauernswerten Klassengenossen durch Verlängerung der Arbeitszeit nicht noch vergrößert wird.) Leute, denen die Sache eigentlich nichts angeht, sind mit verdächtigem Eifer bemüht, die Erwerbslosen vor ihren verfahrenen Parteikarren zu spannen. Am Schlusse seiner Ausführungen wies Kollege Flücht auf die erfolgreiche Aufbauarbeit hin, die von den Gewerkschaften in Magdeburg, Leipzig usw. in der kurzen Zeit seit der Währungsstabilisierung geleistet worden ist, was nur möglich war, daß die dortige Arbeiterschaft nicht so unter der politischen Zerklüftung zu leiden hat, als das leider in Halle der Fall ist.

In seinem Kassenbericht führte der Kassierer Lauschke aus, daß der Liefstand nicht einzetreten wäre, wenn die angeschlossenen Gewerkschaften sämtlich ihre Pflichten erfüllt hätten. Wertvolle Utensilien mußten veräußert werden, um um die laufenden Verpflichtungen erfüllen zu können. Die Gesamteinnahme im 4. Quartal 1923 und 1. Quartal 1924 beträgt 249,51 Mk., die Ausgabe 207,76 Mk. Zusammen mit einem Sparkassengutbaben beträgt der Kassenbestand 98 Mk., gegenüber der Periode der dauernden Defizite immerhin eine Besserung. Nachdem die Entlastung des Kassiers ausgesprochen worden war, beschloß das Kartell auf Vorschlag des Vorstandes, von dem Ueberschuß dem früheren Arbeitersekretär Grabow 10 Mk. und dem Kassierer 20 Mk. zuzuwenden.

Ueber die Auskunfterteilung berichtet Grabow. In dreiviertel Jahren wurden 6117 Auskünfte erteilt. Die Auskünfte auf sozialpolitischem Gebiet, die früher den Hauptanteil stellten, sind ganz wesentlich zurückgegangen, weil Rentenansprüche aus den hinreichend bekannten Gründen nicht gestellt würden; dafür nahmen die kriminellen Fälle zu. Die jetzt bestehenden Uebelstände müssen baldigst beseitigt werden, was nur durch Anstellung einer Vollkraft möglich sei. (Magdeburg, das im Oktober 1923 ebenfalls gezwungen war, sein Sekretariat zu schließen, hat schon lange seine beiden abgebauten Sekretäre wieder eingesetzt und ist eben dabei, eine dritte Kraft anzustellen. In Halle will man anscheinend keine „Bonzen mästen", deshalb läßt man lieber alles gehen und treiben.)

Nach dem Bericht des Bibliothekars, den Koll. Illgenstein erstattete, war der Zustand der einst wertvollen Bücherei bei der Einleitung der Reorganisation ein geradezu trostloser. Nicht nur einzelne Werke, sondern ganze Wanderbibliotheken sind spurlos verschwunden. Alle Bemühungen auf Wiederbeschaffung waren vergebens, so daß mit einem völligen Verlust von 300 Werken zu rechnen ist. Der Bücherbestand befand sich in einem trostlosen Zustande; nur durch das Entgegenkommen der beiden Arbeiterdruckereien war es möglich, die Schäden zu heilen. Das Kartell war auf Grund seiner finanziellen Lage nicht imstande, die Bibliothek so zu unterstützen, wie es erforderlich gewesen wäre. Und doch muß etwas geian werden, da das Lesebedürfnis erfreulicherweise eine starke Steigerung erfahren hat. Er stellte den Gewerkschaften anheim, wie in guten Zeiten der Bibliothek wieder eine bestimmte Zuwendung zu machen.

An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Förster (Zimmerer), Höcker (Metallarbeiter), Grabow (Bauarbeiter), Portz (Eisenbahner) und Buschner (Steindrucker). Die beiden kommunistischen Redner erschöpften sich in der Wiederholung der bekannten Vorwürfe gegen den ADGB. und punkten bis zur Lächerlichkeit auf der SPD. herum. Nach Annahme eines Schlußantrages schritt das Kartell zur Neuwahl des Vorstandes, über deren Ergebnis wir bereits berichtet haben. Der Vorsitzende brachte hierauf die Erklärung zur Kenntnis, die in der „Volkspark"-Angelegenheit von Vertretern beider Parteirichtungen beschlossen worden ist und an deren Schluß es heißt, daß die Gewerkschaften verpflichtet werden sollen, ihre sämtlichen Veranstaltungen ausschließlich im eigenen Heim abzuhalten. Die Erklärung wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Zum allgemeinen Erstaunen teilte der Vorsitzende unmittelbar hierauf den Eingang eines von Höcker, Urban und anderen prominenten Kommunisten eingereichten Antrages mit, die Kartellsitzungen künftig abwechselnd im „Volkspark" und dem kommunistischen Parteilokal in der Lerchenfeldstraße abzuhalten. Es war nur zu natürlich, daß diese Mitteilung gerade in diesem Augenblick allseitiges Erstaunen, wohl auch bei denen, die noch nicht ganz im kommunistischen Nebel untergetaucht sind, auslösen mußte. Das Erstaunen wandelte sich in stürmische Heiterkeit, als Kollege Förster (Zimmerer), um dem Einspruch unserseits auf sofortige Abstimmung gerecht zu werden, beantragte, die Angelegenheit dem neuen Kartellvorstand zur Erledigung zu überweisen. Spaß muß sein, auch bei bluternsten Ereignissen, denken jedenfalls die Kommunisten, die nunmehrigen Alleinherrschen im Gewerkschaftskartell Halle.

Vertragsloser Zustand im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier.

Ein übermütig gewordenes Unternehmertum lehnt jede Verständigung ab.

Bochum, 1. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der Zechenverband hatte am 31. Januar die Lohnhöhe und die Lohnordnung für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier gekündigt. Die Kündigungsfrist lief mit dem 29. Februar ab. Am gleichen Tage haben auf Einladung des Zechenverbandes Verhandlungen mit den Arbeitnehmerverbänden stattgefunden über die Neugestaltung der Lohnordnung. Die hierbei von den Arbeitnehmervertretern gestellte Forderung auf Erhöhung der Löhne wurde vom Zechenverband abgelehnt. Der von ihm vorgelegte Entwurf einer neuen Lohnordnung wurde wegen seiner materiellen Gestaltung und Wirkung von den Arbeitnehmerverbänden abgelehnt. Der Zechenverband wiederum lehnte den von den Arbeitnehmern eingereichten Entwurf ebenfalls ab. Da beide Parteien auf ihrem Standpunkt verharren, kam man zu keiner Lösung. Für den Termin der Abschlagszahlung forderte der Zechenverband die Zustimmung der Arbeitnehmer zur Dekadenzahlung. Diese lehnten jedoch ab, worauf der Zechenverband erklärte, daß er sie trotzdem einführe, da nach seiner Auffassung die Gründe für die wöchentliche Lohnzahlung fortgefallen seien, und deshalb zum ursprünglichen Modus zurückgegriffen werden könne. Am Schluß der Verhandlungen forderten die Arbeitnehmervertreter, daß die bisherige Lohnordnung bis zum Abschluß einer neuen weitergelten solle. Der Zechenverband glaubte, eine direkte Zustimmung hierzu nicht geben zu können, erklärte vielmehr, daß infolge der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen der Zechenverband am 1. März von der Lohnordnung frei sei. Die Arbeitnehmer werden nunmehr den Reichs- und Staatskommissar zur Schlichtung anrufen.

Kampf um den Achtstundentag im Baugewerbe.

Der ungewöhnlich lange Winter hat bisher wohl wesentlich dazu beigetragen, daß die Unternehmerorganisationen des Baugewerbes ihre den Arbeiterorganisationen unterbreiteten Forderungen nicht mit Zwangsmitteln zur Durchführung bringen konnten. Nachdem der Weg, mit Hilfe des Schlichters den Zehnstundentag für die wenigen in Arbeit stehenden Bauarbeiter zu erzwingen, zunächst erfolglos geblieben ist, gewinnt es immer mehr den Anschein, als wenn einige besonders reaktionäre Baufirmen den Ehrgeiz besitzen, den Kampf schon im tiefsten Winter zu entfesseln. Nach Mitteilungen, die der Bezirksleitung des Deutschen Baugewerksbundes zugingen, wird von einigen Baufirmen, die im Auftrag der Industrie größere Bauprojekte auszuführen haben, die 10stündige Arbeitszeit verlangt. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß die im Tarifvertrag festgelegte achtstündige Arbeitszeit nach wie vor für das Baugewerbe maßgebend ist und so lange von jedem einzelnen Unternehmer genau so zu beachten ist wie von jedem Arbeiter. Solange eine Aenderung der Arbeitszeit durch die dazu berufenen Stellen nicht erfolgt ist, gilt nach wie vor bis zum 31. März 1924 der Tarifvertrag.

Der Deutsche Baugewerksbund denkt gar nicht daran, angesichts der Massenarbeitslosigkeit den Forderungen auf Verlängerung der Arbeitszeit nachzukommen. Die Bauarbeiter werden überall, wo ihnen die zehnstündige Arbeitszeit zugemutet wird, sich dagegen zur Wehr setzen. Mitglieder, die sich den Forderungen einzelner Unternehmer widerstandslos beugen, verletzten damit nicht nur die Gebote der Solidarität, sie untergraben auch jede Möglichkeit, für die kommende Baugeld auf dem Wege der Tarifverhandlungen geordnete Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

In dem Augenblick, wo die vorstehenden Zeilen im Bezirksbureau des Deutschen Baugewerksbundes niedergeschrieben waren, lief nachstehendes Schreiben: „Märzlöhne und Arbeitszeit" der Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitgeberverbände dort ein:

„Das bisherige Lohnabkommen ist mit dem gestrigen Tag abgelaufen. Die Tarifgemeinschaft hat daher am gestrigen Tage sich mit der Frage der Märzlöhne befaßt und beschlossen, auch für Monat März den Februarlohn zur Auszahlung zu bringen. Der für Monat Februar vom Reichsarbeitsministerium festgelegte Lohn wird auch Ihrerseits für Monat März Anerkennung finden, so daß der Zeit- und Kostenersparnis halber eine besondere Verhandlung nicht erforderlich erscheint. Die Tarifgemeinschaft sieht Ihrer Einverständniserklärung entgegen.

Gleichzeitig geben wir Ihnen davon Kenntnis, daß die Tarifgemeinschaft beschlossen und entsprechend ihre Mitglieder angewiesen hat, mit der vom 13. März 1924 beginnenden Lohnwoche die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen."

Am 13. März wird also der Kampf um den Achtstundentag im Bezirk Sachsen-Anhalt unvermeidlich werden.

Aus aller Welt.

Acht Jahre gefangengehalten.

25 000 Pfund Schadenersatz wegen Pflichtverletzung.

London, 2. März.

Der hiesige Gerichtshof hat zwei Aerzte, Dr. Bond und Dr. Adam, zu 25 000 Pfund Schadenersatz verurteilt, weil sie einen Mann namens Harnett acht Jahre lang unberechtigt in einer Anstalt gefangengehalten haben. Als es Harnett nach acht Jahren gelang, aus der Anstalt zu entfliehen, konnte er durch Spezialkräfte seine geistige Gesundheit feststellen lassen, worauf er den Prozeß anstrengte. In der Urteilsbegründung führte der Richter aus, daß keine dritte Person ihre Hand im Spiele gehabt habe, sondern daß lediglich eine schwere Pflichtverletzung seitens der Aerzte vorliege, die leichtfertig bei der Beobachtung des Geisteszustands Hannetts vorgegangen seien.

Pariser Eisenbahnkatastrophe. Auf Bahnhof Saint Lazare ereignete sich infolge falscher Weichenstellung ein Eisenbahnunglück. Zwei Personen sind tot, 21 verletzt worden.

Beulenpest in Südafrika. In der Nähe von Kroonstad in Südafrika sind mehrere Fälle von Beulenpest beobachtet worden. Die Seuche hat sich der Stadt zufriedend gemildert. Aber Kroonstad selbst ist bisher verschont geblieben. Die Behörden hoffen, daß der bevorstehende Witterungswechsel die Epidemie zum Stillstand bringen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403031-14/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der VSPD., freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung die aller anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur auszugsweise des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle.

Jungsozialisten. Dienstag, den 4. März, abends 1/8 Uhr, im Heim (Weidenplan 30): Wichtige Sammelstunde. Jedes Gruppenmitglied muß unbedingt erscheinen.

Arbeitslosen-Unterricht (Deutsch, Naturkunde, Geschichte usw.). Die Kurse beginnen nun bestimmt am Freitag, den 7. März, pünktlich, abends 4 Uhr, im dritten Stock der Talamtschule. Zahlreiche Teilnahme ist erwünscht.

Merseburg. Dienstag, den 4. März, abends 8 Uhr, im Parteilokal Funktionärsitzung.

Sangerhausen. Dienstag, den 4. März, abends 7½ Uhr, in der „Georgenbrauerei" Oeffentliche Frauenversammlung. Thema: Die Frau in Staat und Wirtschaft. Referentin: Landtagsabgeordnete Genossin Schiffgens (Aachen).

Holzweißig. Mittwoch, den 5. März, abends 8 Uhr, im Gasthof „Grüner Hof": Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die politische Lage. Redner: Genosse Peters (Halle).

Delitzsch. Die Frauengruppe der VSPD. veranstaltet am Donnerstag, dem 6. März, abends 1/8 Uhr, in „Stadt Berlin" einen Vortragsabend. Genosse Dr. Bocher (Halle) spricht über: „Otto Braun, den genialen Sohn Lilly Braunes." Genossinnen und Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch. Gäste sind willkommen!

Eisleben. Mittwoch, den 5. März, abends 7½ Uhr, im „Volkshaus": Oeffentliche Frauenversammlung. Landtagsabgeordnete Genossin Schiffgens (Aachen) spricht über: Die Frau in Staat u. Wirtschaft.

Jungsozialisten. Dienstag, den 4. März, abends pünktlich 8 Uhr, städt. Oberrealschule: Vortrag des Genossen F. O. H. Schulz (Halle): „Lilly Braun, die Frau und Kämpferin".

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet: Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

Mieter-Verein Eisleben

Dienstag, den 4. März, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des „Volkshauses":

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Goldmiete — Mietsberechnung und Volksbegehren.
2. Jahresbericht.
3. Wahl des Vorstandes.

1119

Der Vorstand.

Gewerkschaftshaus

Harz 42/44

Dienstag, den 4. März:

Fastnachts-Feier

Hierzu ladet ergebenst ein

Hermann Kunzemann.

Stadt-Theater.

Dienstag, abends 7½ Uhr:

Der Tod der Athene

Mittwoch

Carmen.

Leistungsf. Bezugsquelle für **Steppdecken** von den einfachsten bis zu den vorne mit Zahlungserleichterungen **Bruno Paris** Leipziger Straße 12

Dauerhafte Besuchstaschen In Leder billig und gut **Hugo Krasemann** Nur Schmeerstr. 19 Lederwaren Haus.

Hochfeinen delikaten **Sauerkohl** Pfd. 20 Pfg. kauft man bei **Edmund Sorg** Kolonialwaren Hermannstraße 7

Halt! **Kleine Anzeiger** usw.: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier rasch den Erfolg

Alle Drucksachen liefert die Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Neu! Neu! **Max Beer** **Allgemeine Geschichte des Sozialismus** Jedes Bändchen des komplett vorliegenden Werkes ist in vielen tausend Exemplaren verbreitet. Dieses wirklich hervorragende Werk, die die sozialen Kämpfe vom Altertum bis in die neueste Zeit schildert, kann mit den besten Werken populärer Geschichtsdarstellung in eine Reihe gestellt werden. Diese in schönen roten Pappband gebundene Ausgabe kostet 8 Mark. **Volksblatt-Buchhandlung** Halle (S.), nur Gr. Ulrichstr. 27

Leipziger Straße 88 Fernruf 1294 — U.T — **Alte Promenade 11a** Fernruf 1294

Große **Lustspiel-Woche**

Wenn Sie sich vor Lachen ausschütten wollen, kommen Sie.

Es treten in ihren Filmen auf:

Pat und Patachon Charlie Chaplin Fix und Fax Knoppchen.

10 Akte tollsten Humors **10 Akte**

Beginn 4 Uhr

Die Zirkus-Sensation! von der ganz Halle spricht:

Der Sprung ins Leben!

mit der reisenden **Xenia Desni** und dem unübertrefflichen **Paul Heidemann.**

Dazu der lustige Teil:

Fix u. Fax im Suff Groteske in 2 Akten.

Kulturbilder, Naturaufnahme.

Beginn: 4 Uhr.

UFA — UFA

W.T **Walhalla** UFA

Nach diesem Ziel wandern alle!!

denn kein Hallenser will sich den Großstadtspielplan entgehen lassen. Hier gastiert **Leipzigs beste und leistungsfähigste Herrengesellschaft**, die

Leipziger Seidel-Sänger

mit ihrem Weltstadt-Programm!!

Dazu der atemraubende Detektivfilm:

Beim Schlage zwölf

Der geheimnisvolle Mord an dem Rechtsanwalt Briand.

Beginn 4.30 Uhr.

Allg. Konsumverein Halle u. Umgeg. e. G. m. b. H.

Wir suchen zum 1 April 1924 einen mit dem Genossenschaftswesen durchaus vertrauten und redegewandten Genossenschafter als

Vorstandsmitglied

Schriftliche Offerten erbitten wir bis zum 10. März 1924 an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates Richard Hirsemann, Halle, Dessauer Str. 7.

5648

Mohn stets frisch gemahlen bei **F. Beerholdt,** Inh. Ernst Viehweg Kolonialwaren Bechershof 8, am Markt. 5651

Großer Verdienst! Herren mit groß. Bekanntenkreis (Reisende usw.) werden bei hohen Verdienstmöglichkeiten für den Vertrieb eines feinen Artikels gesucht. Kapital nicht erforderlich. **H. Hiller-Jensen,** Hamburg, Los-Centrale Hamburg 37. 5655

„VOLKSBLATT" **Die Verordnung über die Arbeitszeit** mit Erläuterungen. Im Auftrage des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegeben von Th. Leipart. Preis 30 Pfg. Preis 30 Pfg. **BUCHHANDLUNG**

Bekanntmachung!

Auf Anordnung der Herren Preußischen Minister des Innern und der Finanzen rufe ich hiermit die auf Grund des Provinzialausschuß-Beschlusses vom 3. Januar 1924 ausgegebenen

Zwischenscheine über 5 u. 10 Goldmark

auf 6 prozentige Goldkurs-Schuldverschreibungen der Provinz Sachsen zur Einlösung bis zum 31. März 1924 auf.

Die Einlösung erfolgt im Laufe des Monat März in gesetzlichen Zahlungsmitteln durch die

Sächsische Provinzialbank zu Magdeburg,
Magdeburger Stadtbank zu Magdeburg,
Zweigstelle der Stadthauptkasse in Erfurt,
Kreisbank des Saalkreises zu Halle a. S.,
Kreissparkasse in Burg b. Magdeburg,
Städtische Sparkasse zu Eilenburg,
Kreissparkasse in Genthin,
Kreiskommunalkasse zu Heiligenstadt,
Kreissparkasse in Mühlhausen i. Th.,
Stadthauptkasse in Naumburg,
Städtische Sparkasse in Nordhausen,
Kreiskommunalkasse in Schleusingen,
Stadtsparkasse zu Stendal,
Kreissparkasse und Girokasse in Torgau.

Merseburg, den 29. Februar 1924.

Der Landeshauptmann der Provinz Sachsen.
J. V.: Hübener.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Schulaufnahme in den städtischen Mittelschulen.

Die Anmeldung der Kinder, die ab Ostern 1924 eine städtische Mittelschule besuchen wollen, hat bis einschl. Donnerstag, den 6. März 1924, bei den Rektoren der Mittelschulen stattzufinden. Impf- und Taufschein sind bei der Anmeldung vorzulegen. 5657

Halle, den 29. Februar 1924.

Der Magistrat. — Schuldeputation.

Kreis Querfurt

Ausschreiben zur Bildung des Verwaltungsausschusses des Kreisarbeitsnachweises in Querfurt

Nachdem die von dem vorläufigen Verwaltungsausschuß für den Kreisarbeitsnachweis des Kreises Querfurt entworfene Satzung vom Kreisausschuß bestätigt ist, ist die Aufgabe des vorläufigen Verwaltungsausschusses erfüllt. Auf Grund der §§ 7 bis 10 des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922 (RGBl. S. 657) und der §§ 5 bis 10 der beschlossenen Satzung wird hiermit die Wahl von Besitzern für den endgültigen Verwaltungsausschuß ausgeschrieben.

Der Bezirk des Kreisarbeitsnachweises umfaßt:

1. den Kreis Querfurt, ohne die Ortschaften Rotzbach, Lynstädt und Nahlendorf,
2. aus dem Kreise Eckartsberga die Ortschaften: Bibra, Wiehe, Allersted, Bernsdorf, Billroda, Bergau, Bucha, Burkersroda, Dietrichsroda, Donndorf, Garnbach Hirschroda, Kahlwinkel, Pleißmar, Sausbach (2 Gemeinden) Schimmel, Steinbach, Steinburg, Taubardt, Wallroda, Wohlmirstedt, Zeisdorf, Kloster Donndorf, Hechendorf.

Der für den vorbenannten Bezirk des Kreisarbeitsnachweises Querfurt zu bildende Verwaltungsausschuß soll je 4 Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Besitzer umfassen. Unter den Beisitzern sollen sich Frauen befinden. Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Berufsgruppen dieses Bezirks werden ersucht, bis zum 15. März 1924 Besitzer bzw. Stellvertreter bei dem Kreisausschuß Querfurt in Vorschlag zu bringen. Jede Vorschlagsliste soll wenigstens doppelt soviel benennbare Stellvertreter nennen, wie auf die in Betracht kommende wirtschaftliche Vereinigung entfallen werden. Die Vorgeschlagenen müssen Reichsangehörige, mindestens 24 Jahre alt, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sein. Außerdem müssen sie seit mindestens 6 Monaten im Bezirk des Kreisarbeitsnachweises wohnhaft oder beschäftigt sein. Die Verteilung der Ausschußmitglieder auf die eingereichten Vorschlagslisten geschieht nach § 9 Abs. 2 des Arbeitsnachweisgesetzes unter billiger Berücksichtigung des Schutzes der Minderheiten. Bei Einreichung der Vorschlagslisten ist die Zahl der vertretenen Mitglieder usw. anzugeben. Werden keine Vorschlagslisten eingereicht oder sind keine wirtschaftlichen Vereinigungen im Kreise vorhanden, so werden die Besitzer vom Kreisausschuß in Querfurt ernannt werden. Gegen die Nichtzulassung einer Vorschlagsliste oder gegen die Verteilung der Besitzer auf die Vorschlagslisten kann jede vorschlagende Vereinigung Beschwerde bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg erheben. 5653

Querfurt, den 25. Februar 1924.

Der Kreis-Ausschuß.

Nur noch Dienstag: 2 Waggons blutfrische grüne **Heringe** das Pfund nur **10** ₰ 1 Waggon Seefische: **Schellfisch, klein Pfund nur 15** ₰ Alle anderen Seefische billigst. **Kieler Sprotten** Kiste, 1 Pfund Inhalt . nur **68** ₰ **Nordsee** Gr. Ulrichstr. 58. Tel.: 1274, 1275, 2705, 4966.

Mansfelder Lande

Arbeitsamt Eisleben.

Petritstraße 9. Fernsprecher 131.

Abteilung für Landwirtschaft. a) Arbeitsuchende: Dampfpflugmaschinisten, Wächter, Geschirrführer, Tagelöhner, Schweizer, Feldarbeiterinnen. **Gewerbliche Abteilung.** a) Arbeitsuchende: Bauführer, Laborant, Autoführer, Bohrmeister, Bäcker, Fleischer, Friseure, Buchbinder, Maler, Anstreicher, Maurer, Bauarbeiter, Schlosser Installateure, Zimmerleute Sattler Schmiede, Glaser, Schneider, Tischler, Schrittleiter, Berg-, Hütten-, Salinen-, Platz-, Tagebau- und Abraumarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureauvehilfen. **Weibliche Abteilung.** a) Arbeitsuchende: Aufwartungen, Dienstmädchen, Hausschichter, Schneiderinnen, Kontorpersonal, Verkäuferinnen, Waschfrauen. b) Offene Stellen: Aufwartungen Dienstmädchen, Mamsells, rüchtige, für Güter, Lernende Mamsel von 18 Jahren an, Stallmädchen, Wirtschafterin von 40–50 Jahren. 1121

Amtliche Bekanntmachungen

Helbra

Sitzung der Gemeindevertretung am Mittwoch dem 5. März, nachm. 5 Uhr, im Sitzungssaale des Gemeindeamtes.

Helbra, den 3. März 1924. 1129

Der Gemeindevorsteher.

Wie der Kapitalismus entstand Ein Abriß der Entstehung und Wirkung des Kapitalismus und die Wege zu seiner Beseitigung von **Dr. Walter Dietzel** Vorherige Einsendung des Betrages Bestellung d. Zahlkarte erwünscht. **Volksblatt-Buchhandlung** Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403031-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 3. März 1924.

Aenderungen in der Erwerbslosenfürsorge.

Handwerker und Angehörige der freien Berufe praktisch ausgeschlossen.

Die Erwerbslosenfürsorge hat soeben wieder recht einschneidende Veränderungen erfahren. Sie ist mehrfach auf ganz neue Grundlagen gestellt worden. Die Fürsorge hat keine Erweiterungen erfahren, die Rechte der Gemeinden sind etwas verstärkt worden, die Aufbringung der Mittel wurde in erhöhtem Maße den Arbeitgebern und Arbeitnehmern auferlegt. Neu sind unter anderem folgende Vorschriften: Die Unterstützung wird Erwerbslosen nicht gewährt, die in den letzten zwölf Monaten vor Beginn ihrer Unterstützungsbedürftigkeit weniger als drei Monate hindurch eine Beschäftigung ausgeübt haben, in der sie gegen Krankheit pflichtversichert waren. Damit werden viele Angehörige des Handwerkerstandes, der freien Berufe usw. von der Fürsorge ausgeschlossen. Aufrechterhalten gebieten sind die längst überholten Voraussetzungen, daß die Unterstützungen nur Personen gewährt wird, die infolge des Krieges durch gänzliche oder teilweise Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden." Zum Glück wird die Vorschrift im weitesten Sinne aufgefaßt.

An jugendliche Personen soll die Unterstützung nur gewährt werden, wenn Personen dieser Altersstufen nach der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes trotz besonderer Bemühungen erst nach längerer Arbeitslosigkeit Arbeit erlangen können. Keinen Anspruch hat überhaupt, wen familienrechtliche Unterhaltungsansprüche zustehen, deren Erfüllung den notwendigen Lebensunterhalt ermöglichen. Einnahmen des Erwerbslosen, insbesondere Zinsen, werden, von einigen Ausnahmen abgesehen, auf die Unterstützung angerechnet. Die Weigerung, eine angebotene Arbeit anzunehmen, kann nur damit begründet werden, daß für die Arbeit nicht angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, die Unterkunft sittlich bedenklich ist und bei Verheirateten die Versorgung der Familie unmöglich wird. Die Unterstützung darf einem Erwerbslosen innerhalb von 12 Monaten höchstens für die Dauer von zusammen 26 Wochen gewährt werden. Zur Vermeidung unbilliger Härten kann die Stelle, die zur Entscheidung über die Unterstützung zuständig ist, die Fürsorge ausnahmsweise über das zulässige Höchstmaß hinaus verlängern, jedoch um nicht mehr als 13 Wochen. Die Unterstützung kann unter mancherlei Umständen auch auf einen Zeitraum von weniger als 26 Wochen beschränkt werden. Sämtliche Erwerbslosen sind bei der zuständigen Ortskrankenkasse als Mitglieder anzumelden. Dabei gilt die Unterstützung als Lohn, das heißt, der Erwerbslose kommt in eine entsprechende niedrige Lohnstufe und erhält im Falle der Erwerbsunfähigkeit ein Krankengeld in Höhe der Hälfte der Unterstützung. Wenn ein Erwerbslosser aus der Fürsorge ausscheidet, kann er die Versicherung bei der Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Hat die Gemeinde die Versicherung gegen Krankheit unterlassen, so hat sie dem Erwerbslosen im Bedarfsfalle selbst Krankenhilfe usw. zu gewähren. Die Unterstützungsfälle für die Erwerbslosen setzt der Reichsarbeitsminister fest. Ueber die Unterstützungsgesuche entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsnachweises, der hierbei einen Ausschuß oder den Gemeindevorstand anhören kann. Etwaige Beschwerden können beim Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises eingelegt werden, der endgültig entscheidet.

Die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Erwerbslosenfürsorge sind so zu bemessen, daß sie zwei Drittel der notwendigen Aufwendungen decken. Sie dürfen jedoch 1 Prozent des Grundlohns nicht überschreiten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen den Beitrag je zur Hälfte. Es ist eine wesentliche Erhöhung der bisherigen Lasten. Die Beiträge werden bekanntlich von den Krankenkassen mit eingezogen, die vielfach für ihre eigenen Bedürfnisse nicht viel mehr erheben. Die Gemeinden haben die Verwaltungskosten des öffentlichen Arbeitsnachweises sowie ein Neuntel des Aufwandes der Erwerbslosenfürsorge zu tragen. Die Beihilfen des Reiches und der Länder werden in der Weise gewährt, daß das Reich und das Land je die Hälfte des notwendigen Aufwandes für die Erwerbslosenfürsorge trägt. Jedoch tritt diese Beihilfepflicht erst ein, wenn die zulässigen Höchstbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingehoben werden. Gemeinden, welche die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung überschreiten oder andere grobe Verstöße gegen die ordnungsmäßige Durchführung der Fürsorge zulassen, kann die Reichsbeihilfe entzogen werden. Als grober Verstoß gilt auch eine offenbar ungesetzliche Entscheidung des Vorsitzenden über Bewilligungen. Die Durchführung der Unterstützung wird von den Aufsichtsbehörden nachgeprüft. Der Gemeindevorstand kann wegen Verstößen gegen die einschlägigen Vorschriften Geldstrafen verhängen. Im allgemeinen sind die neuen Vorschriften vielfach recht unklar.

Von Duesterberg bis Minner.

Doch bürgerliche Einheitsliste zur Stadtverordnetenwahl?

Bekanntlich waren die seit langem mit außerordentlichem Eifer betriebenen Bemühungen zur Bildung einer „unpolitischen" Einheitsliste zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl bisher an dem Sturmlauf der Deutschen Volkspartei gescheitert. Diese Partei, die im jetzigen Stadtparlament nur durch Geheimrat Finger repräsentiert wird, glaubte die Zeit für gekommen, wo mit Hilfe der Industriegelder eine starke Stimmenfraktion geschaffen werden könnte. Das Erstarken der deutschvölkischen Bewegung auch auf Kosten der Volkspartei hat die einst günstigen Aussichten sehr getrübt. Damit ist der Hauptgegner zur Bildung einer Einheitsfront von Duesterberg bis Minner aus dem Wege geräumt. Der Mischmasch, an dem die „vaterländischen" Verbände natürlich hervorragend beteiligt sind, ist durchgeführt. In den Beratungen zwischen Vertretern führender Wirtschaftsgruppen und den Vertretern politischer Parteien ist, wie das hallische demokratische Organ hochbefriedigt mitteilt, an dem Gedanken, im Interesse eines Wahlerfolgs des hallischen Bürgertums von etwaigen Sonderwünschen abzusehen und das bürgerlich einigende Moment allein als maßgebend und notwendig hervortreten zu lassen, festgehalten worden. Dies bereitet zu der Erwartung, daß die Beratungen, die in den nächsten Tagen fortgesetzt werden, zu dem Ergebnis führen, daß das hallische Bürgertum als ein geschlossenes Ganze in den Wahlkampf um die Sitze im nächsten Stadtparlament eintreten wird.

Während es sogar die Demokraten und Zentrumsleute des völkisch verseuchten Eisleben ablehnen, sich vom Stahlhelm und Werwolf ins reaktionäre Schlepptau nehmen zu lassen, ergreift halles „Demokratie" freudig die günstige Gelegenheit, wenigstens einige Mandate zu retten. Stahlhelm und Demokratie an einem Strick! Fürwahr, ein Schauspiel für Götter!

Oeffentliche Kundgebung der Demokraten.

Reichsminister a. D. Dernburg als Schützer des Großkapitals.

Die Demokraten sind in Halle am Ende ihrer Kräfte. Die einst so große Partei vermochte bei der öffentlichen Kundgebung zu Beginn ihres Bezirksparteitages kaum den halben Thalsaal zu füllen. Dabei hatte der Name des Redners — Reichsminister a. D. Dernburg — noch eine größere Menge Nichtparteiangehörige herangelockt. Ihre Erwartungen wurden gründlich enttäuscht. Der Redner beschränkte sich auf eine schwächliche Verteidigung der bisherigen Reichspolitik. Er nahm Bayern in Schutz und sprach von der Sowjetwirtschaft, die angeblich in Sachsen und Thüringen bis zum Einmarsch der Reichswehr herrschte. Das Kernstück seiner Ausführungen galt dem Versuch, die Steuervorlist des Reiches zu entlasten. Das deutsche Bank- und Industriekapital dürfe unter keinen Umständen stärker herangezogen werden als bisher geschehen. Diese kühnen Behauptungen erregten selbst das Erstaunen der demokratischen Hörer. Die beste Kritik boten die verwunderten Mienen des am Vorstandstisch sitzenden demokratischen Abgeordneten Schreiber.

Die Diskussionsredner trieben den Herrn Minister a. D. recht in die Enge. Ihre Ausführungen gestalteten, abgesehen von zwei grotesken „Stahlhelm-Einlagen", den Abend erst zu einem politisch wertvollen. Vertreter der Republikanischen Partei und der SSPD. stellten Fragen an den Vortragenden, die der vergangenen und künftigen Haltung seiner Partei galten. Dernburg hätte im Schlußwort Gelegenheit gehabt, seine mehr als oberflächlichen Ausführungen wirksam zu vertiefen. Aber was geschah? Er ging auf keine wesentliche Frage ein, umging alles ihm Peinliche mit demagogischen Wendungen und griff schließlich im Tone des ernstigen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die SSPD. an, deren starres Programm angeblich Schuld an dem Wachsen der Republikfeindschaft trage. Das war kein Heldenstück. Oktavio. Auf solche Weise erreicht die Demokratische Partei keine Stärkung der Mitte, die im Interesse der Republik dringend wünschenswert ist. E.

Dem auferstandenen „Klassenkampf".

„Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen." Karl Kürbs, der „unabhängig-republikanische" General der „Republik", darf nun keine Schmutzlieder auf die verräterische Sozialdemokratie mehr singen. Nicht weil das kürzlich ausgesprochene Fünftagedebrot verlängert wurde, sondern weil über Nacht der richtungsgebende „Klassenkampf" auferstehen durfte, der ohne schützende Kürbisschalen von Richard Schmeitzer „herausgegeben" wird. Nun können die altvertrauten Weisen wieder im Zeichen von Sichel und Hammer. Die Proklamationen werden etwas gedrängter folgen, damit man die üblichen 350 noch gut im laufenden Jahre unterbringt. Gestern versammelte man sich im „Volkspark" — zweifellos nur, um General v. Seeckt den Dank der Partei und ihres Blattes für die wirksame und billige Reklame auszusprechen. Gleichzeitig zogen im Lande draußen die bewährten Diskussionsredekünstler vom Leder und schimpften in unseren Wahlversammlungen auf die „Noske-Bluthunde". Man hat eben nichts gelernt und nichts vergessen. „Die Republik" ist tot — es lebt er „Klassenkampf".

*** 30 Flaschen Wein an der Wäscheleine.** In der verflossenen Nacht gegen 2½ Uhr bemerkte ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft auf dem Bürgersteige in der Packhofgasse 1 eine Wäscheleine, deren Ende zum Kellerfenster führte. Da er einen Einbruch vermutete, verständigte er telephonisch die Polizei, mit deren Hilfe die Wäscheleine, an der eine schwere Last hing, hoch gezogen wurde. Es zeigte sich, daß nicht weniger als 30 Flaschen Wein, die unter sich wieder mit Bindladen verknüpft waren, daran festgebunden waren.

*** In der Not zum Handtaschendieb geworden.** Am Sonnabendvormittag wurde ein stellungsloser Kaufmann nach Verübung eines Geldtaschendiebstahls in einem Geschäftshaus in der Gr. Ulrichstraße festgenommen. Er wurde in das Polizeigefängnis eingeliefert.

*** Bloß ein bißchen Qualm.** Am Sonntag gegen 11 Uhr abends wurden auf dem Dache der Talamtschule Rauchwolken wahrgenommen. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr konnte aber keinen Brand feststellen.

*** Von einem Personenkraftwagen angefahren** wurde am Sonnabendabend Ecke Reil- und Kurfürstenstraße ein Straßenbahnschaffner. Er wurde ein Stück mitgeschleift und hierbei am Kopf und an den Beinen leicht verletzt. Er wurde mit dem Kraftwagen seiner Wohnung zugeführt.

Wetter-Voraussage.

Dienstag, den 4. März: Weitere Schneefälle, zeitweise aufheiternd etwas kälter. Mittwoch, den 5. März: Teils heiterer, teils wolkiger, etwas kälteres Wetter, keinen oder wenig Schnee.

Hallisches Kunstleben.

Achtes Philharmonisches Konzert.

Johannes Brahms und Anton Bruckner waren die Meister des achten Konzerts, das die Philharmonie uns bescherte. Ein paar Zeitgenossen des Wiener Kreises, grundverschieden im Wesen und Schaffen Konzertsälen bis vor kurzem in ihrem symphonischen Schaffen wenig bekannt. Generalmusikdirektor Herm. Abendroth aus Köln suchte aus der Tonschöpfung von Brahms — es war dessen Symphonie Nr. 3, D-Dur — alles Charakteristische herauszuholen. Wir beginnen den Komponisten allmählich unter unsere klassischen Meister zu rechnen, ohne daß seine Werke so zu uns sprechen wie die seiner großen Wiener Vorfahren. Kein Satz der dargebotenen Symphonie bleibt ohne überraschende Wendungen, ohne ein plötzliches Abbrechen schöner Linien, denen wir lauschend zu folgend begannen. Das gilt ganz besonders für das Allegro non troppo und das ihm folgende Adagio, in denen wohl auch das sonst vortrefflich spielende Orchester nicht ganz den Intentionen seines Leiters folgte. Die Themen klangen zwar rein — namentlich die Bläser überraschten durch Klangschönheit — aber erschienen bisweilen verschleppt und ermüdend. Allegretto und Finale kamen glücklicher heraus. Immerhin vermag Brahms nicht so ohne weiteres ansuprechen wie Anton Bruckner, dessen 7. Symphonie (E-Dur) von der Philharmonie nun zum zweiten Male geboten wurde. Es ist, als gleiche das Schicksal aus. Der zu seinen Lebzeiten so wenig beachtete bescheidene Wiener Organist gewinnt heute einen immer weiteren Kreis begeisterter Anhänger. Unser kirchenfeindliches, in allen seinen Tiefen aber glaubensehnsüchtiges Zeitalter wird von den Schwingen der Bruckner'schen Frömmigkeit berührt. So ergreift uns auch der Schmerz des Meisters, mit dem er die Todesbotschaft aus Venedig begrüßte, wo der von ihm bewunderte Richard Wagner dahingegangen war. Ahnte hier ein musikalischer Genius, daß dem Ringen um ein neues kulturelles Aufleben des deutschen Volkes kein Erfolg beschieden sein sollte, daß man des toten Wagners Werke zwar spielen, aber sein ernstes Mahnen so wenig verstehen würde wie Bruckners fromme Gläubigkeit? Hermann Abendroth gestaltete die Symphonie zu einem innerlichen Erlebnis. Kein Satz blieb hinter dem anderen zurück, wenn auch das Adagio mit seiner (übrigens trefflich gespielten) Cellopartie am Schluß und das Finale naturgemäß besondere Höhepunkte boten. Das überfüllte Haus dankte mit starkem Beifall für die hervorragende künstlerische Leistung. Dr. W. Bacher.

Stadttheater. Heute, Montag, 7½ Uhr: „Die Wildente". Dienstag abend 7½ Uhr: erste Wiederholung von Zickels „Tod der Athene". Mittwoch: „Carmen". Donnerstag: „Marquis v. Keith". Freitag: „Die Wildente". Sonnabend: „Lustige Weiber". Sonntag: „Der Troubadour".

*** Freie Volksbühne.** Das aus Beatrice Benz, Hilde Schirmer, Agnes Ritter und Lena v. Hippel bestehende Quartett wird am Donnerstag, dem 6. März, Werke von Boccherini, Mozart, Haydn und Mendelssohn zum Vortrag bringen. Das Quartett ist aus der Schule Karl Klingler hervorgegangen.

Aus der Provinz.

Werbetag für das „Volksblatt"

An die Ortsvereine!

Werte Genossen! Die Gemeinde- und Reichstagswahlen stehen bevor. Ueberall regt sich schon das politische Leben, alle Parteien rüsten sich zu entscheidenden Kämpfen. Schon jetzt besteht auch Klarheit darüber, daß unsere Gegner, ob rechts oder links, den Wahlkampf in erster Linie gegen die Vereinigte Sozialdemokratische Partei führen werden.

Seit Wochen arbeitet die bürgerliche Presse mit Hochdruck gegen die Arbeiterschaft und insbesondere gegen unsere Partei. Mit schönen Artikeln versucht sie für die Geldsackinteressen Stimmung zu machen und die Arbeiter für die bürgerlichen Parteien einzufangen. Da heißt es für uns, auf dem Posten zu sein und das Rüstzeug für den Wahlkampf zu schmieden. Die Ortsvereine haben jetzt die Aufgabe,

alle Kräfte mobil zu machen

für die kommenden Entscheidungskämpfe. Die beste Waffe in diesen Kämpfen ist unsere Parteizeitung. Deshalb gilt es, für deren weiteste Verbreitung in der allernächsten Zeit Sorge zu tragen. Neue Leser und damit neue Streiter für unsere Partei müssen gewonnen werden, das ist die wichtigste Aufgabe der Ortsvereine. Um das zu erreichen, hat der Bezirksvorstand beschlossen,

am Sonnabend, dem 15. März, und Sonntag, dem 16. März, im ganzen Bezirk eine allgemeine „Volksblatt"-Agitation zu veranstalten.

Wir fordern die Ortsvereine auf, für diese Werbeaktion alle notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Alle Parteimitglieder müssen angespornt werden, an der Werbearbeit für das „Volksblatt" teilzunehmen. In den nächsten Tagen muß in Mitgliederversammlungen und Funktionärsitzungen die Werbearbeit besprochen werden, so daß eine planmäßige und systematische Bearbeitung der Orte durchgeführt werden kann.

Zur Erleichterung der Agitation werden den Ortsvereinen Werbeplakate zugesandt, die öffentlich anzuschlagen sind. Gleichzeitig stellt der Verlag Freiexemplare des „Volksblatt" zur Verfügung, die Sonnabend, den 15. März, verbreitet werden sollen.

Die eigentliche Werbung der Abonnenten hat am Sonntag, dem 16. März, zu erfolgen.

In jede Arbeiterwohnung müssen die Werber der Partei eindringen und den Arbeitern klarmachen, daß nur das „Volksblatt" die Interessen der Arbeiterklasse wirksam vertritt. Tausende neuer Abonnenten müssen gewonnen werden, das ist die beste Wahlvorbereitung.

An die Arbeit, Genossen!

Werbt für Eure Zeitung und die Partei!

Die Bezirksleitung der USPD.

Reichssteuerverteilung an die preußischen Gemeinden und Gemeindeverbände

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, kommen aus Steuerüberweisungen des Reichs zur Verteilung: a) Einkommensteuer (6. Et.-Abschlag für Februar) auf jeden Rechnungsanteil der Provinzen 60, der Landkreise 115, der Gemeinden 630 Millionen; b) Körperschaftssteuer (3. Kp.-Abschlag für Februar) auf jeden Rechnungsanteil der Provinzen 190, der Landkreise 400, der Gemeinden 1900 Millionen; c) Umsatzsteuer (4. Us.-Abschlag für Februar) je Einheit des Umsatzsteuerschlüssels der Landkreise 24 000, der Gemeinden 85 000 Millionen; d) für Dotationen stehen 2 800 000 Billionen Mark zur Verfügung; e) Betrag für Kraftfahrzeugsteuer (3. Kfz.) 196 000 Billionen Mark, außerdem für Volksspeisungen 107 226 Billionen Mark.

Die Arbeiter können im Straßengraben verrecken!

Dem Dessauer „Volksblatt" wird von zuverlässiger Seite und durch vier Zeugen erhärtet über folgende kaum glaubliche Gefühlsroheit des Chefarztes der Wolfener Agfa-Betriebskrankenkasse Mitteilung gemacht:

„Ein Arbeiter der Farbenfabrik, der infolge der Proletarierkrankheit im Agfa-Krankenhause liegt, erhält seine Entlassung zugestellt. Auf die Frage an den Chefarzt Dr. Rodenacker, ob er persönlich dies gutheiße, erhält er zur Antwort: „Daran sind Sie selber schuld. Warum sind Sie nicht mit der Waffe in der Hand draußen im Schützengraben gestorben. Die Sozialdemokratie hat abgewirtschaftet. Wir haben jetzt wieder die Macht und werden sie gebrauchen." Auf die weitere Frage: „Dann sollen wir wohl im Straßengraben verrecken?", wird ihm die Antwort: „Jawohl, das muß so kommen wie nach dem Dreißigjährigen Kriege, wo die Leute auf der Straße verreckt sind."

Unser Anhalter Bruderblatt bemerkt zu dieser schier unglaublichen Leistung: Jedes Wort der Kritik würde die Wirkung dieser bisher unerreichten Leistung von Gemütsdaktilik eines Arztes nur abschwächen. Es genügt, sie einfach gebührend niedrigzuhängen. Aber auch dieser empörende Vorgang ist schließlich ein lehrreicher Beitrag zu dem Kapitel „Betriebskrankenkassen als Mittel zur Stärkung des Betriebsabsolutismus brutalen Unternehmertums". Arbeiter, zieht die erforderlichen Lehren daraus. Schweißt Ihr Euch nicht bald zur eiserner Einheitsfront zusammen, dann wehe Euch! Ein Sklaventum von ungeahnter Niedertracht und rücksichtsloser Brutalität ist Euer Schicksal. Wehrt es ab, bevor es zu spät ist!

Die Arbeiterschaft könnte den Zuständen in der Agfa ein Ende bereiten, wenn noch eine geschlossene Organisations- und Abwehrfront bestünde wie in den früheren Jahren. Leider hat aber die Arbeitschaft des Bitterfelder Industriegebietes es für notwendiger gehalten, sich politisch die Köpfe zu zerschlagen, als dem Unternehmertum eine geschlossene Abwehrfront gegenüberzustellen. Hoffen wir, daß bald eine Gesundung eintritt.

*

Wolfen. Die Agfa diktiert den Neun- und Zwölfstundentag. Kaum ist der im „Volksblatt" bereits mitgeteilte Schiedsspruch über die Arbeitszeit in der chemischen Industrie gefällt, tritt auch schon die Agfa an die Belegschaften heran und versucht, für die Hauptschichter den Neunstundentag und für die Wechselschichter den Zwölfstundentag zu diktieren. Dabei sollen auch die bisher in der Arbeitszeit liegenden Waschpausen in Fortfall kommen. Wie ein sozialdenkender Arbeitgeber überhaupt auf den Gedanken kommen kann, in diesen Giftbetrieben bis zu zwölf Stunden arbeiten zu lassen, ist unverständlich. Wenn man die bleichen Arbeitergestalten mit blauen Lippen herumlaufen sieht, kann einem das Grauen ankommen, soweit man nicht Betriebsgewaltiger der Agfa ist. Besondere wirtschaftliche Verhältnisse? Der Absatz stockt ohnehin schon, und dann noch mehr produzieren?! Die Chemische Industrie versucht, die Weltkonkurrenz mit Schleuderpreisen aus dem Felde zu schlagen, anstatt durch die Qualität

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240303 1-14/fragment/page=0005

konkurrenzfähig zu bleiben. Auf Kosten der Arbeiter soll die Profitmacherei weitergehen. Die Hauptschicht soll von 7 bis 5 Uhr arbeiten. Sehr „fürsorglich" ist die Firma auf das Wohlergehen ihrer Arbeiter bedacht, indem sie in diese Zeit eine einstündige Mittagspause legt. Dabei ist ein großer Teil von Arbeitern schon seit früh 5 Uhr auf den Beinen. Volle sieben Stunden also soll der Arbeiter fasten, und dasselbe wieder nachmittags. Essen während der Arbeitszeit wird bestraft! Was kümmert die Herren Unternehmer Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft, wenn mir der dreimal geheiligte Profit keinen Schaden erleidet. Ist der Arbeiter krank oder schon zu alt, fliegt er einfach auf das Straßenpflaster. Die letzten Monate haben Beweise für diese Unternehmer-Brutalität zur Genüge erbracht. Der Arbeiter ist ja durch die staatliche soziale Fürsorge „versorgt bis ins hohe Alter"! Arbeiter der Chemischen Industrie an Euch liegt es, diesen Schlag abzuwehren. Eure Organisation allein nur kann Hilfe gewähren, wenn Ihr geschlossen an und hinter ihr steht. Versäumnis muß hier unverzüglich nachgeholt werden. Hinein in den Verband!

Bitterfeld. Zusammenschluß im Genossenschaftswesen. Die Konsum- und Sparsgenossenschaft für den Industriebezirk Bitterfeld hielt am 28. Februar eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zuerst wurde über die Festsetzung der Geschäftsanteile beraten. Aus der Mitte der Genossen wurden 30 Rentenmark vorgeschlagen. Die Fraktion der KPD.-Genossen hatten sich auf 10 Rentenmark festgelegt. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Die bis 31. Dezember 1917 eingezahlten Geschäftsguthaben werden zu 15 Prozent aufgewertet. Die später eingezahlten werden in Goldmark, zu dem Jahresdurchschnittskurs, umgerechnet und mit 15 Prozent in Rentenmark aufgewertet. Die Spareinlagen werden in der gleichen Weise behandelt. Die Geschäftsanteile werden auf 30 Rentenmark festgesetzt. Das Eintrittsgeld beträgt 2 Rentenmark. Auf Antrag der Verwaltung wurde die Genehmigung zur Verschmelzung mit den Konsumvereinen Friedersdorf, Mühdeck und Brehna erteilt. Weiter legte die Verwaltung folgende Anträge zur Beschlußfassung vor: Der Verwaltung wird Ermächtigung erteilt, wenn es im Interesse der Genossenschaft liegt, weitere Konsumvereine in der Form des § 93a des Gesetzes zu übernehmen. Der Antrag wird angenommen. Die aufzunehmenden Anleihen und Spareinlagen dürfen zusammen 500 000 Rentenmark nicht überschreiten. Die Sterbeunterstützung wird in der Form von 1914 wieder in Kraft gesetzt." Der Antrag wurde angenommen. Die Beschickung des sogenannten Ernährungskongresses in Mitteldeutschland wurde mit 80 Prozent der anwesenden stimmberechtigten Genossen abgelehnt. Diese Generalversammlung hatte schon eine Vorgängerin, die durch das Vorgehen der Kommunisten gesprengt worden war.

Sangerhausen. Der Frühling der Partei. Und draußen der Winter noch so sehr mit trotzigen Gebärden, es muß doch Frühling werden! Und Frühling soll und muß es auch bei uns wieder werden! Wie in der Natur, wenn der Frühling kommt, alles erwacht, um zu neuem Blüh'n und Werden zu erstehen, so müssen auch in unserer Partei alle Kräfte erwachen, damit wieder frisches Leben in unsere Bewegung einzieht. Das Unwetter der Inflation ist hoffentlich vorüber. Aber wie von einem Unwetter gerade die Armen mit ihrem wenigen Hab und Gut am härtesten betroffen werden, so auch von dieser unglückseligen Zeit mit all ihrem Elend, ihren Wirrnissen und Schrecken. Von allem ist es wohl der Abbau bei jeder Behörde, in jeder Fabrik usw., der die Massen des Volkes am härtesten trifft. So mancher Beamte und Angestellte, der jahrzehntelang mit Lust und Liebe seine Pflicht erfüllt hat, wird plötzlich hinausgeschleudert aus seiner Stellung, die ihm oft nicht nur Verdienstmöglichkeit geblieben, sondern auch der ganze Inhalt seines Lebens geworden war. Wieviel Bitterkeit schafft doch solcher Abbau im Menschen! So mancher arme, geplagte Familienvater weiß in seiner Angst um die Sorge für die Familie sich keinen Rat. Sein Leben lang hat er kämpfen und sorgen müssen, um sich recht und schlecht durchzuschlagen, und immer ist sein Dasein nur ein Würgen gewesen. Dazu seien noch die lange Kriegszeit, wo so mancher arme Kerl sich jahrelang hat draußen herumschlagen müssen, dazu schließlich einen Teil seiner Gesundheit und damit seinen einzigen „Reichtum", seine Arbeitskraft, eingebüßt hat. Was mögen da wohl für Gedanken den Kriegsteilnehmern gekommen sein, darunter auch Leuten, die es sonst nicht nötig hatten, über des Lebens Schattenseiten nachzudenken? Glaubt Ihr, daß diese Männer jemals die Interessen des Kapitals vertreten können? Glaubt Ihr, daß sie sich jemals in jenen Kreisen wohlfühlen werden, wohin sie jetzt häufig die Not der Zeit treibt, wohin sie flüchten, um ihre Familie nicht untergehen zu lassen? O nein. Not bricht Eisen, aber ein charakterfester Mann wird und kann nie von heut' zu morgen seine Gesinnung wechseln und das Ideal bekämpfen, für das er einst gestritten hat. Deshalb habt Nachsicht mit diesen Bedauernswerten, sie werden alle zurückkehren, und so, wie der Frühling alle Jahre wiederkommen muß und die Natur alljährlich zu neuem Leben erwacht, so wird auch bei diesen Männern das Erwachen nicht ausbleiben. Sie werden dann mit frischer Kraft für ihr altes Ideal kämpfen, das doch so lebensnotwendig mit ihren Interessen, ihren Kämpfen und Dasein verbunden ist. Darum, Parteigenossinnen und -genossen, nicht verzagen, sondern schaffen, werben und streben! Reißt die Lauen mit Euch fort, damit sie erfassen, um was es geht, und begreifen, was es heißt, für eine gute Sache zu kämpfen! Aufwärts, vorwärts, damit recht bald der Frühling einziehe in unsere Partei! Und darum erscheint alle, insbesondere ihr Frauen und Mädchen, zur ersten Versammlung unserer neugegründeten Frauengruppe der VSPD., die am Dienstag, dem 4. März, abends 8 Uhr, in der Georgenbrauerei mit der Reichstagsabgeordneten Schiffgens als Rednerin stattfindet. Denn, Ihr Frauen und Mädchen, die Interessen Eurer Männer und Väter sind auch die Eurem!

Steudel. Der Schweinekönig und der Schweinekronprinz. Die hiesige „Tageszeitung" berichtet über ein Schweineschießen des Schützenvereins. Als die besten Schützen Schützen sollen 27 Mann in Betracht kommen. Dann heißt es im Bericht: „Nach der Verteilung der Preise wurden die besten Schützen proklamiert; es wurden Kamerad Juwelier Roeder zum „Schweinekönig" und Kamerad Gustav Wille zum „Schweinekronprinz" ernannt. Sodann begann das Wurstessen." Jeder waschechte Monarchist wird es als eine Schweinerei bezeichnen, solche erlauchten Titel zu verschweinigeln.

Naumburg Hauptamtliche Amtsanwaltschaft. Die Amtsanwaltschaft in Naumburg soll zum 1. April in eine hauptamtliche umgewandelt und ihr die nebenamtlichen Amtsanwaltsgeschäfte von Freyburg, Mücheln, Querfurt, Cölleda und Heldrungen zugelegt werden.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 3. März 1924.

„Nationaler Bürgerring!"

Zentrum und Demokraten befreien sich vom völkischen Zauber!

Die Eisleber bürgerliche Presse berichtet von einer am Freitagabend stattgefundenen Zusammenkunft der hiesigen vier bürgerlichen Parteien, die den Zweck hatte, für die bevorstehenden Kommunalwahlen eine bürgerliche Einheitsliste aufzustellen. Die Einigung scheiterte an der Weigerung der Demokratischen und der Zentrumspartei, mit den „vaterländischen" Verbänden zusammenzuarbeiten. Die Deutschnationalen und die von der Deutschen Volkspartei (Knöfel usw. usw.) glaubten natürlich auf eine Mitarbeit der vaterländischen Verbände nicht verzichten zu können und so beschlossen diese beiden politischen Parteien einen „nationalen Bürgerring". Mindestens ist ein neumodischer Name zu schaffen. Wenn Zentrum und Demokraten diesen Zauber nicht mitmachen, so hatten sie dafür gewiß ihre Gründe. Seit Monaten werden sie vom „Eisleber Tageblatt" fürchterlich vermöbelt. Und in der Sonnabend-Nummer steht neben der Spalte, in der man sein Bedauern über die Haltung der Eisleber Demokraten und Zentrumsleute zum Ausdruck bringt, im selben Fettdruck des einzig wahren deutschen Ludendorffs Aussage: „Die Schaffung eines waffenlosen Deutschland und die Zerschlagung des protestantischen Preußen ist der Ausfluß ultramontaner Politik gewesen!" Auf der einen Seite kann man sich vor Freude, daß dem Zentrum in München derartig ins Gesicht geschlagen wird, kaum weisbern, auf der anderen Seite möchte man es seinen Zwecken dienlich machen. Von der Behandlung der Demokraten ganz zu schweigen.

Nun ist es eigentlich recht verwunderlich, wenn dieselben Deutschnationalen, die im Kriege den Frontkämpfern das infamste aller Wahlrechte das preußische Dreiklassenwahlrecht, immer weiter aufhalsen wollen, heute auf einmal hinter den vaterländischen Verbänden herlaufen, denen sie doch im Stadtparlament eine gehörige Anzahl Sitze garantieren müssen. Wenn sie solches schon tun, dann ist die Taktik aus Furcht vor Zersplitterung, die natürlich auf Kosten der Deutschnationalen gehen würde. Im selben Augenblick der Nichtaufnahme der vaterländischen Verbände im Rahmen der von diesen gestellten Forderungen würden die Völkischen ihre Hauptforderungen und dann wäre es eben aus mit dem deutschnationalen erhofften Anhang in jenen Reihen. In Stahlhelmkreisen ist diese Ansicht schon längst Gemeingut und diesem Einfluß beugten sich Deutschnationale und Volksparteiler. Zentrum und Demokraten, die durch diese Situation in eine für sie unerträgliche Lage gekommen wären, sie hätten am „Schwanz" der Liste Aufstellung nehmen müssen, zogen daraus die einzig richtige Konsequenz. Die damit zunächst erreichte Reinigung der Eisleber politischen Atmosphäre wird aber auch noch andere Erscheinungen zeitigen. Es ist noch gar nicht ausgeschlossen, daß, wenn Zentrum und Demokraten zu einer selbständigen Liste kommen, diese im Wahlkampf den hochtrabenden „nationalen Bürgerring" überflügeln. Diese Einsicht scheint beim „Bürgerring" auch schon vorhanden zu sein. Er findet das Verhalten der demokratischen und Zentrumsvertreter im höchsten Grade bedauerlich, hofft noch auf ein Einlenken. Wir werden ja sehen, wie sich die Dinge entwickeln. Im Interesse des Ansehens des kommenden Parlaments wäre es wünschenswert, wenn nicht nur Nummern, sondern auch Charakterköpfe einzieben würden. Wir glauben, daß die letzteren, soweit die bürgerliche Anschauung in Frage kommt, wohl ausschließlich nur bei den Demokraten und der Zentrumspartei zu finden wären.

Abgesehen von einigen Ausnahmen befinden sich im deutschnationalen Lager nur Marionetten. Für uns als Sozialdemokraten ist damit der Wahlkampf nicht einfacher geworden. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine Front mehr geschaffen, was uns natürlich Veranlassung sein wird, unser Arsenal für die kommenden kommunalen Kämpfe aufs peinlichste zu überschauen. Mit gutem Gewissen, mit frisch-fröhlichem Mut, mit Zuversicht und Vertrauen werden wir den kommenden Dingen entgegensehen und sie zu meistern wissen!

* **Jugendweihe der VSPD. Eisleben.** Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß die geplante Jugendweihe am Sonntag, dem 30. März, bestimmt stattfindet. Es muß nunmehr Aufgabe aller Parteimitglieder sein, in Freundes- und Bekanntenkreisen für einen guten Besuch dieser Veranstaltung zu werben. Folgende Genossen nehmen Anmeldungen zur Jugendweihe entgegen: Martin Döring, Katrinenstraße; Tepel, Otto-Straße 6; August Meyer, Lindenstraße („Volkshaus"); K. Böttcher, Sangerhäuser Straße (Konsum); Hermann Besser, Breiteweg (Konsum); Fritz Ebert, Zellergasse; Louis Wagner, Thorgartenstraße; Wilhelm Christange, Grabenstraße 30 (Volksbuchhandlung); Walter Kohl, Liebknechtstraße 2. Alles Weitere wird noch durch die Presse bekanntgegeben.

* **Der Mieterverein Eisleben** hält, wie aus dem heutigen Anzeigenteil ersichtlich ist, morgen, Dienstag, abend 8 Uhr im „Volkshaus" seine Generalversammlung ab. Die Tagesordnung ist reichhaltig und wichtig.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Provinz und Sport: Gottlieb Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H., Halle. Hara 4941

Wir bieten gegen
Teilzahlung
(ohne Preisaufschlag) die billigste Qualitäts-Schreibmaschine in solidester Ausführung mit leichtem Gang und wunderbarer Schrift.
Industrie-Kontor Erhard Fallner, Halle (S.)
Magdeburger Straße 42 II, Fernruf 4875.
Ferner: Ausstellung und Verkauf bei J. Zoebisch, Gr. Steinstraße 82, Fernruf 6548

Unsere Frauen
die „Frauenwelt"
Eine halbmonatsschrift
mit farbigem Umschlag,
vielen Bildern im Text.
Unterhaltung u. Kurzweil
und schöne Moden
dem Frauen zur Freude!
Für 30 Pfennig das Heft
besorgt es
Volksblatt-Buchhandlung
nur Große Ulrichstraße 27

Inserenten! Annoncen-Expeditionen!
Wer auf Landkundschaft reflektiert,
gebe seine Inserate auf in der bei der Landbevölkerung des Saalkreises und darüber hinaus meistgelesensten Zeitung
Der Landbote
„Der Landbote" erscheint jeden Mittwoch sowie Sonnabend mit der illustrierten Wochenbeilage „Volk und Zeit". Bezugspreis im März 60 Pfennig. Anzeigen- und Bezugsbestellungen beim
Verlag Volksblatt G. m. b. H.

REEMTSMA A.-G. · ALTONA-BAHRENFELD

Betrifft: Cigarettenformate

Die vielen irrtümlichen Meinungsäußerungen über die Willkürlichkeit der Cigarettenformate veranlassen uns zu der Erklärung, daß zwar Geschmack und Aroma einer Cigarette hauptsächlich von der Güte der verwendeten Tabake und ihrer glücklichen Mischung abhängt, daß aber die volle Genußauswertung des Cigaretten-Rauchens erst durch ein der Mischung genau entsprechendes Format der Cigarette ermöglicht werden kann. Starke Tabakmischungen verlangen z. B. eine kleinere Brandfläche, die weicheren Sorten dagegen können ein volleres Format vertragen usw.

Hieraus ist es zu erklären, daß unsere verschiedenen Sorten voneinander abweichende Formate aufweisen. Jedes Format ist das Ergebnis langwieriger Versuche, damit jede Mischung ihre besondere Eigenart voll auswirken lassen kann.

REEMTSMA
AKTIENGESELLSCHAFT

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403031-14/fragment/page=0006